

Wöchentlich 70 Bfg. monatlich 2. — M. im voraus zahlbar. Postbezug 3.72 M. einschließlich Postgebühren. Auslandsendung monatlich 5.50 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Beiliegende Beilagen: „Holt und Feil“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Leserbrief“, „Bild in die Bühnenwelt“ und „Jugend-Berichte“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die ständige Komposition
10 Pfennig Kassenkarte 5. — Reichs-
mark „Kleine Waggeln“ das langge-
druckte Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei
langgedruckte Worte) jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stehendgedruckt das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Wort über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Samstagsausgaben für
Abonnement Zeit 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft. Umren-
nung 2. wochentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37556 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65 Diskont-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Ausperrung der Metallarbeiter

Am Sonnabend laut Beschluß der Berliner Metallindustriellen. — Neue Drohung der Schwerindustriellen.

Die Metallindustriellen haben gestern in ihrer Sitzung beschlossen, daß die Arbeiter der Betriebe, in denen die Werkzeugmacher streiken, am Sonnabend mit Schluß der Tagsschicht ausgesperrt werden. Die Aussperrung betrifft rund 100 000 Arbeiter.

Die Firma Siemens hat gestern folgenden Anschlag in ihren Werken bekanntgegeben:

„Die Werkzeugmacher unserer Betriebe befinden sich seit Montag, dem 27. Februar 1928, im Streik. Ohne diese Arbeitskräfte ist das Weiterarbeiten der ganzen Betriebe unmöglich. Wir müssen deshalb unsere Betriebe spätestens am Sonnabend, dem 3. März 1928, mit Schluß der Tagsschicht schließen. In einzelnen Abteilungen wird dies schon früher nötig sein.“

Der Belegschaft wird anheimgestellt, während der Schließung ohne Bezahlung auszusuchen. Wer mit dem Ausgehen nicht einverstanden ist, hat sich als entlassen zu betrachten.

Papiere und Restlohn können von diesen Arbeitnehmern an einem noch bekanntzugebenden Tage in Empfang genommen werden. Sollten die Werkzeugmacher rechtzeitig vor dem genannten Zeitpunkt die Arbeit wieder aufnehmen, so werden wir die Fortführung des Betriebes unverzüglich bekanntgeben.

Berlin-Siemensstadt, den 28. Februar 1928.

Siemens und Halste A.-G., Siemens-Schuckert-Werke A.-G.

Die Diktatur der Metallindustriellen.

Zu dem Aussperrungsbeschluß der Metallindustriellen läßt die Firma Siemens eine Mitteilung verbreiten, wonach bei ihr die Werkzeugmacher im Durchschnitt 129 M. pro Stunde verdienen, daß außerdem Spitzenerdienste von mehr als 1,50 M. vorkommen. Im übrigen habe die Firma sich bereit erklärt, Einzelfälle nachzuprüfen.

Bekanntlich lautet die Forderung der Metallarbeiter für die Werkzeugmacher einen Minimallohn von 1,10 bis 1,50 M. festzusetzen. Nach der Auslassung der Firma Siemens scheint zwischen der Forderung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und den tatsächlich gezahlten Löhnen bei Siemens eigentlich kaum noch eine nennenswerte Differenz zu bestehen. Trotzdem erklärt die Firma Siemens und die mit ihr auf die Geduld und Verderb verbundenen Metallindustriellen, daß die Forderungen der Werkzeugmacher so exorbitant seien, daß deswegen die gesamte Metallindustrie stillgelegt werden müsse.

Daß es viel einfacher wäre, die wirklich bestehenden Forderungen der Werkzeugmacher, die die qualifizierteste Arbeitergruppe darstellen, zu bewilligen, auf diese Idee kommen die Herren im Verband Berliner Metallindustrieller nicht. Die Herrschaften betrachten es also als ganz unerhörte und unmöglich, daß eine qualifizierte Arbeiterschaft den angesichts der heutigen Teuerungsverhältnisse bescheidenen Mindestlohn von 1,10 bis 1,50 M. die Stunde verdienen sollen.

„Die Werkzeugmacher sind die notwendigste Arbeiterklasse für die ungestörte und gleichmäßig verlaufende Durchführung der Fabrikation“, erklärt die Firma Siemens in ihrer Verlautbarung. Wir möchten einmal den Direktor der Firma Siemens sehen, der diese Verlautbarung diktiert hat und der offenbar nicht unbedingt notwendig ist, „für die ungestörte und gleichmäßig verlaufende Durchführung der Fabrikation“, wenn man ihm einen Lohn anbietet würde, wie ihn die Werkzeugmacher fordern. Aber auf solche Ideen kommen die Herren Direktoren nicht. Die Herren, die mehr als das Zwanzigfache des Lohnes eines Werkzeugmachers beziehen, dekretieren lieber die Stilllegung der gesamten Fabrikation, als daß sie den Werkzeugmachern einen Lohn garantieren, der diese nicht zu einem Elendsdasein verurteilt.

Diesem Unternehmervollstetismus werden die Metallarbeiter die geschlossene Kampffront entgegenstellen. Diese Diktatur der Unternehmer muß gebrochen werden!

Kommunistischer Arbeiterverrat.

Am Montag, dem 27. Februar, traten in Berlin 1000 Werkzeugmacher in den Streik, trotz vorheriger Drohung der Metallindustriellen mit der Aussperrung aller Berliner Metallarbeiter.

Am Dienstag, dem 28. Februar, schrieb die „Rote Fahne“:

„Mit Empörung haben die Streikenden erfahren, daß der Metallarbeiterverband es für gut befunden hat, nur ein Viertel der Werkzeugmacher zum Streik aufzurufen. Diese Taktik des Metallarbeiterverbandes werden sich die Streikenden nicht gefallen lassen. (Wenigstens fordert die „R. F.“ dazu auf, Red. d. „B.“) Sowohl diejenigen, die die Arbeit niedergelegt haben, wie auch die Werkzeugmacher, die noch im Betrieb stehen, fordern dringend die sofortige Kampferweiterung, die Einbeziehung aller Werkzeugmacher in den Kampf.“

Der Metallarbeiterverband wagte bis heute noch keine Erklärung für seine „Taktik“ vor der Arbeiteröffentlichkeit. (Von uns seit gedruckt, Red. d. „B.“) Es wird sich auch schwer eine Erklärung für dieses Vorgehen finden lassen.“

Tatbestand: Die Kommunisten denunzieren die wohl- erwogene Taktik der Verbandsleitung den Unternehmern und fordern die Verbandsmitglieder auf, ihrer eigenen Streikleitung in den Rücken zu fallen.

Die Arbeiterschaft führt sehr schwere gewerkschaftliche Kämpfe, die ein Höchstmaß von Disziplin und Solidarität gegenüber den Unternehmern erfordern — jene Solidarität der Arbeiterschaft, die die Gewerkschaften groß gemacht hat und die Voraussetzung aller gewerkschaftlichen Erfolge ist.

Einheit der Arbeiter im Kampf — sie war nie nötiger als heute. Die Kommunisten aber fordern zur Störung der Einheit auf, sie sollen den Kämpfenden in den Rücken, sie denunzieren dem Unternehmertum.

Wer die Arbeiterfront in diesem Kampfe zerreißt, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterschaft!

Mehrarbeitsabkommen gelündigt.

Gemeinsam von den vier Bergarbeiterverbänden.

Essen, 28. Februar.

Die vier Bergarbeiterverbände haben heute gemeinsam das für den Ruhrbergbau bestehende Mehrarbeitsabkommen gelündigt. Die Kündigungsfrist läuft am 30. April 1928 ab.

Die Schwerindustrie droht.

Alles soll stillgelegt werden.

Die schwerindustrielle Telegraphen-Union meldet aus Dresden:

Bekanntlich hatten die Arbeitgeber der sächsischen Hüttenindustrie bei den letzten Verhandlungen am vorigen Donnerstag neue Vorschläge zur Beilegung des Arbeitszeitkonflikts in der Hüttenindustrie gemacht, zu denen sich die Gewerkschaften bis zum heutigen Dienstag erklären sollten. Da eine solche Erklärung jedoch nicht erfolgt ist und die örtlichen Bestimmungen wie man hört eine Mehrheit für die Ablehnung der Vorschläge ergeben haben, muß diese Nichterklärung als Ablehnung gedeutet werden. Die Arbeitgeber der gesamten eisenerzeugenden Industrie werden nun zu dieser Lage Stellung nehmen und man muß damit rechnen, daß die Aussperrung in der sächsischen Hüttenindustrie sich auch auf die nordwestlichen Gruppen ausdehnt.

Es handelt sich bei dem Konflikt im wesentlichen um die Sonntagsarbeit und die Anordnung von Überstunden auf Grund des Schiedspruchs für die westfälische Schwerindustrie. Die Metallarbeiter haben mit Erfolg die

Rechtsgültigkeit des Schiedspruches angefochten. Die Unternehmer wollen ihren Machtpunkt über das Recht stellen. Die Drohung mit der allgemeinen Aussperrung paßt so recht zu der von den Schwerindustriellen immer betonten Sorge um die „Wirtschaft“.

Gegen den Achtstundenvertrag.

Die Regierung Baldwin verharret im Widerstand.

London, 28. Februar.

Im Unterhaus gab der Arbeitsminister Sir Arthur Steel Maitland der Meinung Ausdruck, daß die Washingtoner Konvention über das Achtstundenabkommen zu unbestimmt sei. Er persönlich sei immer für eine 48stündige Arbeitswoche gewesen, aber er könne sich nur einer so ungenügend ausgearbeiteten Konvention wie der Washingtoner nicht einverstanden erklären; Großbritannien sollte auf Revision des Abkommens bestehen.

Notprogramm steigert Not!

Der Kampf um das Gefrierfleisch.

Das Notprogramm der Bürgerblockregierung ist in einem seiner wichtigsten Teile ein Programm nicht zur Milderung, sondern zur Steigerung der Not. Was der Minister für die Ernährung der Landwirtschaft Schiele auf eigene Faust und gegen das Gesetz begonnen hat, das soll jetzt durch das Notprogramm gesetzlich verankert und vollendet werden: die ratenweise Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen jährlich auf nur 50 000. Der deutschnationale Vizekanzler Hergt hat sie im Reichstag angekündigt, und die Rechte hat dazu Bravo gerufen.

Das Zolltarifgesetz vom 17. August 1925, das die Sozialdemokratie auf das schärfste bekämpfte, war im ganzen ein Sieg des Agrarierturns. Dennoch hatte man damals noch eine gewisse Scheu, sich an den Sonntagsbraten der armen Leute, an das Gefrierfleisch, heranzuwagen. Der § 5 dieses Gesetzes bestimmt, daß Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu belassen ist, sofern es durch Vermittlung der Gemeinden usw. den Verbrauchern zum Selbstkostenpreis oder mit möglichem Aufschlag zugeführt wird.

Die Sozialdemokraten verlangten die zollfreie Einfuhr von 140 000 Tonnen jährlich. Nach langem Feilschen und Handeln im Ausschuß kam man im Juli 1926 zu dem Beschluß, 10 000 Tonnen monatlich zuzulassen. Das genügte bei weitem nicht. Aus allen Industriestädten kamen Anträge auf Mehrbelieferung. Je höher die Kosten der Lebenshaltung stiegen, desto lauter wurde der Ruf nach dem zollfreien Gefrierfleisch.

Auf der anderen Seite wurden die Rechtsparteien nicht müde, die zollfreie Einfuhr zu bekämpfen. Man behauptete, der deutsche Viehstand habe sich so gehoben, daß er zur Versorgung der Bevölkerung durchaus genüge. Von der Gefrierfleisch-einfuhr wurde gesagt, daß durch sie die Landwirte gezwungen würden, ihre Schweine mit Verlust zu verkaufen. Dieser Agitation, die auf ganz unhaltbaren Argumenten beruhte, schien zunächst kein Erfolg zu blühen. Dann aber kam im Enqueteausschuß die Aufdeckung der Wuchergeschäfte, die verschiedene Großhandelsfirmen mit dem Gefrierfleisch getrieben hatten. Eine Regierung, der es darauf ankam die Volksernährung zu sichern, hätte sich beeilt, diese Mißstände abzuschaffen. Für die Bürgerblockregierung waren sie jedoch nur eine willkommene Gelegenheit, gegen die längst verhasste zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch vorzugehen.

Was man damit angeblich erreichen will, der erhöhte Konsum von Frischfleisch bei rentablen Preisen, wird nicht erreicht werden. Die Schweinepreise sind allerdings gesunken, doch beruht dies auf ganz anderen Ursachen. Nach der guten Roggenernte von 1927 begannen die Landwirte die Schweinemast aufzubauen. Ein Jahr später war der Schweinebestand um fast 20 v. H. gestiegen, nach abermals einem Jahr wieder um 18 v. H. auf rund 28 Millionen Stück.

Das vergrößerte Angebot begann während des Jahres 1927 sich in sinkenden Preisen auszuwirken. Davon hatte der Handel großen, der Verbraucher aber keinen oder doch nur sehr geringen Vorteil. Der Kleinhandelspreis für Schweinefleisch betrug im Durchschnitt des Jahres 1926 1,39 Mk. pro Pfund und sank im Jahre 1927 auf 1,24 Mk. Frisches Rindfleisch stieg bei gleichbleibendem Angebot in derselben Zeit von 1,14 Mk. auf 1,20 Mk.

Indessen beginnt aber auch wieder der Preis für Schweine zu steigen. Auf dem Städtischen Viehhof von Berlin stieg der Durchschnittspreis für 50 Kilo Lebendgewicht in der ersten Februarhälfte von 57,50 Mk. auf 59 Mk. In der neuesten Voranfrage der Schweinepreise für das Jahr 1928 kündigt der Spezialforscher Arthur Hanau eine weitere erhebliche Steigerung an. Danach müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß der Großhandelspreis pro Pfund im März 59 Pf. betragen wird, im September, Oktober aber schon 74 Pf. Diese Preissteigerung wird infolge des verminderten Angebots vor sich gehen, auch wenn wie bisher in jedem Monat 10.000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei über die Grenze kommen sollten.

Auch ohne Drofflung dieser Einfuhr wird sich also die Ernährungsnot im laufenden Jahre noch verschärfen. Die Drofflung der Gefrierfleischzufuhr kann nur dazu dienen, sie noch weiter zu steigern.

Graf Westarp hat es sich im Reichstag sehr leicht gemacht, wenn er meinte, das Gefrierfleisch könne durch das bessere und ebenso billige Inlandfleisch ersetzt werden. Das billige Inlandfleisch haben wir bisher nicht gesehen, wir werden es auch nicht zu sehen bekommen. Das Gefrierfleisch ist billig und gut, das inländische Frischfleisch ist gut aber teuer. Wenn es kein Gefrierfleisch mehr gibt, wird das Inlandfleisch deswegen nicht billiger werden — es steigt ja jetzt schon im Preise! Die armen Leute werden dann überhaupt kein Fleisch mehr auf den Tisch bringen können.

In den Kreisen der Arbeitgeber wächst die Reizung, einen Druck auf die Löhne auszuüben. Rechtsstehende Blätter geben sich große Mühe, sozusagen wissenschaftlich zu beweisen, daß die Löhne zu hoch sind und herabgesetzt werden müssen. Von der anderen Seite her verteuert man aber zugleich der arbeitenden Bevölkerung die Nahrung.

Im Jahre 1926 sind in Deutschland 7,2 Millionen Doppelzentner Rindfleisch produziert und 2,2 Millionen Doppelzentner eingeführt worden. Für das Jahr 1927 betragen die entsprechenden Zahlen 7 Millionen und 2,5 Millionen. Es zeigt sich also eine leichte Zunahme des Verbrauches. Jetzt findet man offenbar, daß in Deutschland schon zu viel Fleisch gegessen wird, und versucht, den Verbrauch wieder herabzudrücken.

Die Drofflung der Gefrierfleischzufuhr nützt der inländischen Landwirtschaft nichts, für die notleidenden Massen der Bevölkerung bedeutet sie eine Verschärfung der Not. Der Reichstag würde kurz vor den Wahlen bei freier Abstimmung es kaum wagen, einer solchen volksfeindlichen Maßnahme seine Zustimmung zu geben. Darum hat ihn die Bürgerblockregierung unter einem geradezu repressiven Druck gefaßt. Das sogenannte Notprogramm soll ein unteilbares Ganzes bilden, alle seine einzelnen Teile sollen am 1. April d. J. in Kraft treten — oder es soll kein einziger von ihnen Gesetz werden. Das heißt also: Wenn der Reichstag nicht pariert, dann sollen auch die Kleinrentner, die Rentpensionäre, die Invaliden die dürftigen Aufbesserungen, die ihnen versprochen sind, nicht bekommen.

Der deutschnationale Wizekanzler Herzt hat in seiner Rede am Montag ausdrücklich zugegeben, daß die vorgeschlagenen Aufbesserungen notwendig sind, um die geringsten Bezüge dieser bedauernswerten Volksgenossen den steigenden Kosten der Lebenshaltung anzupassen. Trifft das zu — und wer kann daran zweifeln, daß das der Fall ist — dann ist die Aufbesserung dieser Bezüge Pflicht der Regierung, Pflicht des Reichstages, ist sie einfache Pflicht der sozialen Gerechtigkeit, ganz ohne Rücksicht darauf, was der Reichstag sonst noch beschließt oder nicht beschließt.

Die Sozialdemokratie fordert für Kleinrentner, Sozialrentner und Werkspensionäre die notwendigen Aufbesserungen. Die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents aber lehnt sie ab und bekämpft sie auf das allerentschiedenste. Wer sich im Reichstag vom sozialen Gewissen leiten läßt, der muß sich zu derselben Haltung entschließen. Für den Reichstag besteht nicht die geringste Notwendigkeit, sich dem Druck der Regierung zu fügen. Wir werden also die Ausrede bürgerlicher Heiden im Wahlkampf, sie hätten die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents „schließen“ müssen, um die Aufbesserungen für die Rentner nicht zu gefährden, keineswegs gelten lassen. Wer unter windigen Vorwänden dazu beiträgt, die Ernährungsmöglichkeiten für die ärmsten Kreise der Bevölkerung zu verschlechtern, der wird sich bei den kommenden Wahlen vor dem Volke dafür zu verantworten haben.

Gregory und der Sinowjew-Brief.

Eine Erklärung Ramsay MacDonalds.

Die Enttarnung des Unterstaatssekretärs Gregory aus dem britischen Außenministerium ist eine so interessante Sache, daß wir die kurze Meldung unserer gestrigen Spättausgabe darüber noch durch folgenden Londoner Eigenbericht ergänzen.

Ministerialdirektor Gregory hatte auf Grund seiner amtlichen Kenntnis privat spekuliert und sich beim Frankfurter verspekuliert. Ein anderer höherer Beamter, D. Malley, der vor Jahresfrist Abgesandter der englischen Regierung in Hankau war, hat seinen Abschied nehmen müssen. Endlich ist ein Dritter im Bunde, ein höherer Marineoffizier, um drei Jahre zurückversetzt worden. Der Bericht der Untersuchungsbehörde sagt, es handle sich um Einzelfälle und der britische Beamtenkörper bleibe von diesen Vorgängen völlig unberührt.

Es war im Zusammenhang mit der Gregory-Affäre die Vermutung ausgesprochen worden, daß die Veröffentlichung des Sinowjew-Briefes und die Abwendung der Protestnote an den damaligen Sowjetbotschafter Katowski auf Betreiben des damaligen Bolschewistenhassers Gregory erfolgt seien, der damit aber auch spekulative Absichten verfolgt hätte. Der Bericht spricht Gregory von dem Verdacht frei, die treibende Kraft bei dieser Aktion gewesen zu sein, vielmehr habe der inzwischen verstorbenen damalige Unterstaatssekretär Sir Hyde Crowe gegen den Rat Gregorys jene Aktion veranlaßt. Ministerpräsident Mac-

20 Millionen Phoebus-Verluste.

Das Totschweigegeschäft des Wehrministeriums bricht zusammen.

Das erste Morgenblatt der „Boschischen Zeitung“ meldet:

„Die amtlichen Untersuchungen über die Phoebus-Affäre, die übrigens noch immer nicht zum endgültigen Abschluß gebracht werden konnten, haben inzwischen ergeben, daß erheblich größere Summen durch den Skandal verschlungen werden, der auf das Konto des Kapitäns Bohmann kommt, als zunächst zugegeben worden ist. Der Reichskommissar veranschlagt den Schaden jetzt auf etwa mindestens 20 Millionen Mark“, wobei noch nicht feststeht, ob diese Summe nicht durch die weiteren Ergebnisse der nach laufenden Untersuchungen überholt wird.

Allein die längst aufgedeckten Speckgeschäfte machen etwa 1,1 Millionen Mark aus. Mehr und mehr gewinnt jetzt auch bei den amtlichen Stellen, insbesondere auch bei dem Reichswehrminister Groener, die Auffassung Raum, daß die Öffentlichkeit über die Einzelheiten des Skandals informiert werden müßte, um zu vermeiden, daß nicht allwöchentlich durch neue Veröffentlichungen neue Beunruhigungen hervorgerufen werden.

Diese Auffassung kam auch bei den letzten parlamentarischen Besprechungen darüber zum Ausdruck, und man erwartet allgemein, daß der Reichswehrminister alsbald nähere Mitteilungen über die Ergebnisse seiner bisherigen Untersuchung der Öffentlichkeit zugehen lassen wird.

Zu dieser Meldung der „Boschischen Zeitung“ sind einige Ergänzungen und Erläuterungen notwendig.

Der Herr Reichswehrminister hat sich nach unserer Information für eine hoffentlich die endgültige Bereinigung bringende öffentliche Erörterung des Bohmanns-Kongzerns oder richtiger der Ausflüge der Marineleitung in das privatkapitalistische Gründungsgeschäft deswegen entschlossen, weil er selbst mit seiner Er-

klärung vom 10. Februar vor dem Reichshauhaltsausschuß durch die neuerlichen Enthüllungen über die Bacon-Company Lügen gestraft worden ist. Die Feststellung, daß bisher zwanzig Millionen Mark an Verlusten eingetreten sind, ist nicht von dem Reichspartkommissar gemacht worden, sondern von sozialdemokratischer Seite.

Es ist, wie man sich gestern nachmittag im Reichstag leicht überzeugen konnte, ein öffentliches Geheimnis, daß die Erörterung dieser Dinge, auf die die „Boschische Zeitung“ Bezug nimmt, gestern, Dienstag, vormittag, in einer Besprechung der Parteiführer und der Fachbearbeiter erfolgt ist. Jene Sitzung war vom Reichswehrminister einberufen.

Nach unserer Auffassung handelt es sich bei all den Affären, die sich bisher schon aus der Phoebus-Angelegenheit entwickelt haben, weder um einen Fall Bohmann, noch um mißverständliche „vaterländische Interessen“, sondern darum, daß der Reichstag aus etatsrechtlichen Gründen gezwungen ist, eine Bereinigung des Reichswehretats und des Marineetats von allen Schläfen vergangener Finanzjahre vorzunehmen. Es ist unmöglich, daß der Wehretat sich in eine Anzahl Positionen auflöst, von denen jede ihr Eigenleben führt, ohne daß die verantwortliche Regierung dafür grade zu stehen vermag.

Bei der neuesten in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Bohmannschen Gründung, der Bacon-Company, über die der „Abend“ berichtet hat, handelt es sich zweifellos um eine wüste Spekulation des Kapitäns Bohmann, die bisher mindestens 1,1 Millionen Mark Verlust für das Reich verursacht hat. Zum mindesten dieser Verlust ist völlig uneinbringlich.

Zu Friedrich Eberts Gedächtnis!

Imposante Kundgebung zur dritten Wiederkehr seines Todestages:

Die Republik vergißt die toten Vorkämpfer nicht, die ihr Leben, ihr Können, ihre ganze Persönlichkeit eingesetzt haben für den neuen, den demokratischen Staat, der in Weimar geschaffen wurde. Gestern jährte sich zum dritten Male der Trauertag, an dem die schwarzrotgoldenen Fahnen der Republik auf Halbmaß sanken und verkündeten, daß der erste Reichspräsident, Friedrich Ebert, heimgegangen war.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatte aufgerufen, den Toten durch eine Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt zu ehren, und unzählige waren dem Appell gefolgt.

Als die Hohntröter sich auf der Freitreppe des staatlichen Schauspielhauses aufgestellt hatten, stimmten die Kapellen das Lied vom guten Kameraden an, es senkten sich die schwarzrotgoldenen Zeichen, es enthielten sich die Häupter.

Genosse Seevering führte aus:

Wir haben uns heute hier versammelt, um das Andenken eines guten Menschen, eines unermüdeten Kämpfers zu feiern. Der Tod des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert war der schwerste Schlag für die junge deutsche Republik. Die Republik verlor ihren ersten Führer, den erprobten Kämpfer für den sozialen Ausbau der Republik und für den Frieden. Friedrich Eberts Werk ist nicht tot. Seine Arbeit steht lebendig vor uns. Wir wollen zur Vollendung führen, was Ebert begonnen hat.

Friedrich Eberts Leben war eine einzige Hingabe für den Staat, in dem die bisher Entrechteten, das arbeitende Volk, die gleichen politischen Rechte erhalten hatten. Er hat stets den Kampf mit reinen Waffen geführt. Sein Schild blieb fleckenlos. Er haßte Knechtschaft und Anechtung. Hoch gegen Menschen kannte er nicht.

Sein Werk und seine Arbeit wurden von denen, die als Erben von Besitz und Billung am ersten sein staatspolitisches Wirken erkennen mußten, verkannt. Aus Parteien, die sich auch Christen-

nehmen, kam die Heße gegen die Führer der Republik, die so lange gesteigert wurde, bis Verbliebene den Mordstahl gegen Erzberger und Rathenau führten. Es gibt ein christliches Gebot: Du sollst nicht töten. Die den Mordstahl gegen die Führer der Republik senkten, haben gegen ihre eigenen christlichen Grundsätze gehandelt. Es gibt ein Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten. Gegen dieses christliche Gebot haben die Männer verstoßen, die zweifelhafte Menschen dingten, um gegen Ebert eine Landesverratshege einzuleiten.

Wir rufen zum Kampf! In seinem Namen rufen wir die Millionen Streiter auf, gegen die Verleumder der Republik zusammenzutreten und am Ausbau der Republik mitzuarbeiten. Friedrich Ebert hat nur die sieben mageren Jahre der Republik erblickt können. Es blieb ihm versagt, den Aufstieg noch zu sehen. Sein Vermächtnis, den demokratischen Volksstaat mit sozialem Geist zu erfüllen, ist unser nächstes Kampfziel.

In den Frühlingstagen, wenn das Reichsbanner seine schwarzrotgoldenen Fahnen als Kampfanzeiger in die Dächer und Säulstöcke trägt, sollen die Geschäftsrеспублиkaner und die Monarchorepublikaner erkennen, daß ihre Uhr abgelaufen ist.

Wir wollen in diesen Tagen zu leidenschaftlichen Kämpfen werden, und nicht eher ruhen, bis wir wissen, daß an der Spitze der Republik Männer stehen, die für ihren sozialen Ausbau kämpfen! Diesen Kampf führen wir im Gedächtnis an Friedrich Ebert. Wir wollen sein Werk fortführen. Wir wollen siegen über die Feinde der Republik.

Mit einem Hoch auf die deutsche Republik, in das die Menge begeistert einstimmte, schloß Genosse Seevering seine Rede. Bausender Beifall dankte. Marschmusik, Kampflieder ertönten:

„Mit uns zieht die neue Zeit!“

Ja, sie zieht mit uns, und für sie zu arbeiten im Geiste Friedrich Eberts, das soll unsere stolze Aufgabe im kommenden Wahlkampf sein.

Donald habe die Note an Katowski genehmigt, unter der Voraussetzung, daß die Echtheit des Sinowjew-Briefes erwiesen sei.

Genosse MacDonald bestätigte vor Pressevertretern die Richtigkeit dieser letzteren Behauptung des Berichtes, aus der klar hervorgehe, wie unwahrhaftig das Argument der Konservativen im Wahlkampf 1924 gewesen sei, daß er aus Bolschewistenfreundlichkeit die amtliche Protestaktion gegen den Sinowjew-Brief zu verhindern versucht hätte. Ungeklärt bleibt allerdings in dem Bericht der Untersuchungsbehörde die Frage, wie die Veröffentlichung des Sinowjew-Briefes in der „Daily Mail“ am 28. Oktober 1924 erfolgen konnte, die im damaligen Wahlkampf gegen die Arbeiterpartei wie eine Bombe wirkte, und ob Gregory mit diesem Vorgang tatsächlich nichts zu tun gehabt hat.

Debatte im Unterhaus gefordert.

London, 28. Februar. (Eigenbericht.)

Der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei im Unterhaus hat beschloffen, eine Debatte über die auf den Sinowjew-Brief bezügliche Stelle des Berichtes der Unterhauskommission über die Frankenspekulation mehrerer höherer Beamter zu fordern. Vor allem soll versucht werden, auf diese Weise Klarheit darüber zu schaffen, durch wen die „Daily Mail“ damals in den Besitz des Sinowjew-Briefes gelangte.

Schwere Sorgen im Kreml.

Wie empfangen wir Amanullah?

Moskau, 28. Februar.

Die Sowjetpresse widmet dem neunten Jahrestage der Unabhängigkeit Afghanistans wohlwollende Artikel, wobei darauf hingewiesen wird, daß die Sowjetunion die Beseitigung der Ab-

hängigkeit Afghanistans von England stets begünstigt hat. Die Reformtätigkeit Amanullahs wird in den Artikeln ebenfalls gewürdigt. Für den Moskauer Besuch des Königs wird die Festordnung sorgfältig ausgearbeitet. Da die Hauptstadt der Sowjetunion noch niemals von einem Monarchen besucht worden ist, so ergeben sich manche Schwierigkeiten in den Zeremonialfragen. Die zahlreichen Artikel der Sowjetpresse über Afghanistan und seinen Herrscher sollen die Bevölkerung der Sowjetländer auf den Besuch vorbereiten und die Notwendigkeit eines feierlichen Empfangs erklären.

Der Wahlterror in Polen.

Gegen Sozialisten und Nichtpolen.

Warschau, 28. Februar. (Eigenbericht.)

In Nowogrodek ist der gewesene weißrussische Sejm-abgeordnete Jan Rogula wegen angeblicher antisozialistischer Agitation zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt und sofort im Gerichtssaal verhaftet worden. Der Wahlterror gegen die polnischen Sozialisten dauert unermüdet an; fünf Tage vor dem Wahltag hat das Innenministerium einen sozialistischen Propagandafilm nach dreiwöchiger Verzögerung verboten, obwohl der Film lediglich zur Vorbereitung in Partellokalen bestimmt war! Die Regierung zwingt die Kinobesitzer die Propagandafilme für die Regierungsliste in jeder Vorstellung unentgeltlich vorzuführen.

Dr. Mussolini-Rede über Südtirol wird am Samstagabend in der Kammer steigen.

Ungarns Advokatenkniße.

Rede des Außenministers Ballo über die Waffenzerstörung in St. Gotthard: Bis zum Ratsbeschluss volle Handlungsfreiheit beansprucht!

Budapest, 28. Februar.

Im Auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses besprach heute der Minister des Auswärtigen Dr. Ballo den Zwischenfall von St. Gotthard. Er betonte, daß „im Sinne des Eisenbahnreglements vorgegangen“ wurde und die Vernichtung des beschlagnahmten Materials unter Hinzuziehung richterlicher Organe und beider Sachverständiger erfolgt sei. „Auf diesen Fall wollen“, so fuhr Minister Ballo fort, „die Nachbarn Ungarns das im Artikel 143 des Vertrages von Trianon vorgesehene Untersuchungsverfahren anwenden. Im Sinne der in den Jahren 1924 und 1926 festgestellten Untersuchungsform ist jetzt der Rahmen der Untersuchung von dem Völkerbundrat zu bestimmen. Selbst die vorbereiteten Maßnahmen können nur auf Grund eines Ratsbeschlusses erfolgen.“

Solange also ein Ratsbeschluss nicht vorliegt, steht der ungarischen Regierung im Sinne der bestehenden Normen vollständige Aktionsfreiheit zu, und sie ist in keinerlei Beziehung von Verpflichtungen befreit.

Andererseits hat kein einziger Staat, aber auch der Ratspräsident nicht das Recht, gegenüber der ungarischen Regierung irgendwelche Ansprüche zu stellen. Wäre dem nicht so, könnte man mit einem gut ausgebauten System grundloser Anzeigen die ganze Verwaltung eines Landes lähmen zum schweren Schaden der staatlichen Souveränität. Aus diesem Grunde mußte die ungarische Regierung den von Seiten der tschechoslowakischen und der jugoslawischen Regierung noch im Januar geäußerten Wunsch, daß das beschlagnahmte Kriegsmaterial im Interesse einer etwaigen Untersuchung unangetastet bleibe,

auf das entschiedenste zurückweisen.

Auch dem Ratspräsidenten steht kein größeres Recht zu als irgend-einem Ratsmitglied. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Ratspräsident auch dazu kein Recht hat, im Falle einer beantragten Untersuchung irgendwelche vorübergehenden Maßnahmen zu treffen. So wird die Sache auch von der unvoreingenommenen (?) internationalen Presse aufgefaßt. Noch einzelne (?) Blätter möchten die Gelegenheit zur Schaffung eines Präzedenzfalls ausnützen, der dann auch auf andere Staaten mit Nutzen angewendet werden könnte. Ganz anders liegt der Fall, wenn eine unmittelbare Kriegsgefahr besteht. In diesem und ausschließlich in diesem Falle darf der Ratspräsident auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundsstatutes von dem Recht der vorübergehenden Anwendung Gebrauch machen. Dieses Recht kann jedoch unmöglich auf die Angelegenheit der St. Gottharder Maschinenwaffe angewandt werden, und nicht nur aus dem Grunde nicht, weil in dem gegebenen Falle die Einleitung des Verfahrens nicht auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundsstatutes, sondern auf Grund des Artikels 143 des Friedensvertrages beantragt ist, sondern auch deshalb nicht, weil wohl niemand glauben gemacht werden kann, daß die Vernichtung von Kriegsmaterial — wenn immer gegenüber — eine unmittelbare Kriegsgefahr bedeuten könnte. Die Abrüstung Ungarns wurde durch den Trianoner Friedensvertrag angeordnet. Derselbe Vertrag verweist jedoch darauf, daß der Abrüstung der Mittelmächte eine allgemeine Abrüstung folgen werde. Wir dürfen also mit Fug und Recht darauf rechnen, daß unsere Abrüstung keine einseitige sein wird. Aus der Abrüstung der anderen ist jedoch bislang nichts geworden. Für so einseitig und für so ungerecht wie auch die Bestimmungen über die Abrüstung ersahen, so hat sich Ungarn dennoch auf das Gewissenhafteste diesen Bestimmungen unterworfen; das heißt jedoch nicht, daß die Kontrolle in Kleinröße und trüben Weise ausgeübt wird. Die Ausübung des Untersuchungsrechts ist für wichtige Fälle von großer Tragweite vorgesehen, nicht aber zu dem Zwecke, um mit seiner Hilfe und Gerechtigkeit des Völkerbunds, daß er zu solchen Bestrebungen nicht hilfreich die Hand bieten werde.

Die These des ungarischen Außenministers läuft darauf hinaus, daß Ungarn das Recht hat, alle Spuren zu verwischen, solange kein ausdrücklicher Ratsbeschluss auf Einleitung eines Untersuchungsverfahrens vorliegt. Diese These wird mit Freuden von den französischen Rationalisten aufgegriffen werden, die daraus den Schluss ziehen werden, daß auch das Untersuchungsrecht des Völkerbundes gegenüber Deutschland (Art. 213 des Versailler Vertrages) nur auf dem Papier bestehe und daß infolgedessen die „Sicherheit Frankreichs“ gefährdet wäre, wenn das Rheinland vor 1935 geräumt würde.

Schon aus diesem Grunde wäre es im höchsten Grade töricht, wenn sich Deutschland den Rechtsstandpunkt Ballos zu eigen machen würde. Es bleibe dahingestellt, ob der Buchstabe des Friedensvertrages und des Völkerbundsstatutes eine Stütze für die juristische Konstruktion der ungarischen Regierung bietet. Aber sicher ist, daß es dem Geiste des Vertrages und des Paktes widerspricht, wenn ein bei einer Verletzung seiner Verpflichtungen ertappter Staat sich bereit, das corpus delicti verschwinden zu lassen. Ungarn ist mehr als alle anderen Staaten der Welt auf das Vertrauen der Mächte angewiesen. Mit derartigen Advokatenknißen wird es lediglich erreichen, daß das berechnete Mißtrauen, das seit dem Frankensälcherstandal gegenüber dem Regime Horthy-Bethlen in Europa besteht, noch vergrößert wird. Und dann wird es — trotz der hohen Protektion Mussolinis — erst recht nichts von seinen verschiedenen, zum Teil zweifellos legitimen Aspirationen erreichen.

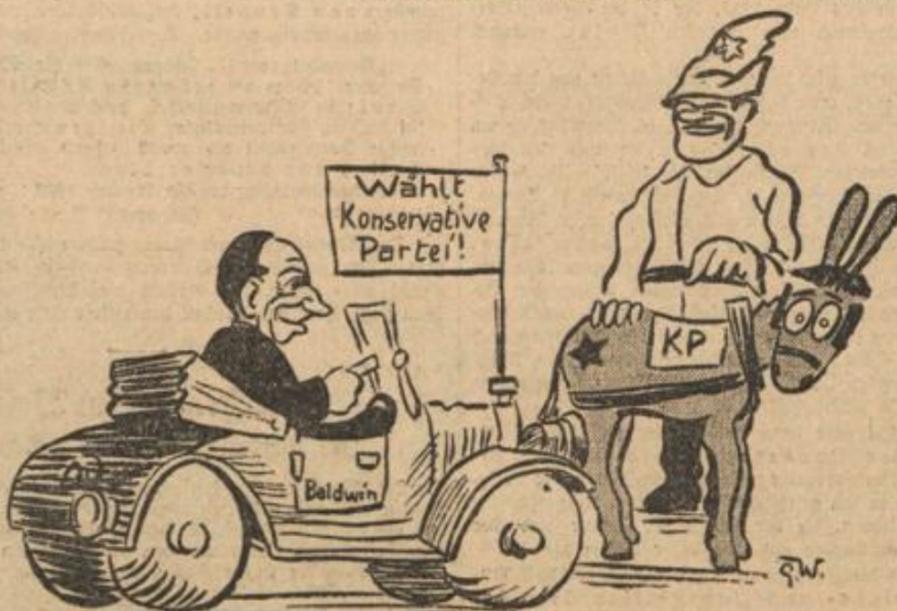
General Tanczos soll in Genf Auskünfte geben.

Genf, 28. Februar.

Die ungarische Regierung hat durch ihre ständige Vertretung in Genf dem Generalsekretär mitteilen lassen, daß sie General Tanczos, der bereits seit einigen Tagen hier weilte, damit beauftragt hat, Auskünfte über die Angelegenheit von St. Gotthard zu erteilen. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien haben auf Aufforderung des Generalsekretärs zur Einleitung von Sachverständigen ebenfalls bereits Vertreter zur Untersuchung ernannt. Rumänien als Ratsmitglied gehört ohnehin dem ständigen begutachtenden Militärausschuss des Völkerbundes an, dem diese Auskünfte zunächst zu erteilen wären.

Hilfe für Baldwin.

Die englischen Kommunisten haben auf Geheiß Moskaus die Aufstellung von Sonderkandidaturen beschlossen, was praktisch auf eine Unterfütterung der Konservativen hinausläuft.



„Lieber Baldwin, diesen Esel leih ich Ihnen als Vorspann!“

Internationale und Abrüstung.

Bericht der Abrüstungskommission der SWJ.

Der Abrüstungsausschuss der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, an dessen Züricher Beratungen für die deutsche Sozialdemokratie Genosse Hermann Müller-Franken teilgenommen hat, hat nachstehenden Bericht ausgearbeitet, der von der Exekutive einstimmig genehmigt wurde und dem Internationalen Kongress in Brüssel unterbreitet werden wird:

I.

Das Ziel, das die SWJ erstrebt, ist die vollständige und gleichzeitige Abrüstung aller Länder zu Land, zu Wasser und in der Luft. Aber die SWJ verfährt nicht in dem Irrtum zu glauben, daß eine vollständige Abrüstung erreicht werden kann, solange die Regierungen der meisten Länder von kapitalistischen und imperialistischen Klassen beherrscht werden und solange andererseits in vielen Ländern nicht jene Demokratie besteht, die allein die Durchführung internationaler Abrüstungsabkommen unter die Kontrolle demokratischer Einrichtungen und einer freien, öffentlichen Meinung zu stellen vermag.

St aber die vollständige Abrüstung derzeit noch nicht erreichbar, so gibt es doch schon in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Kräfte, die nach einer Einschränkung der Rüstungen drängen. Die Furcht der herrschenden Klassen vor neuen Revolutionen, die jeder Krieg auslösen würde, und die Erkenntnis, daß das Weiterführen des Krieges automatisch herbeizuführen droht; die infolge der Umwälzungen der Kriegstechnik ungeheuerlich wachsenden Kosten der Rüstungen und des Sicherheitsbedürfnis der im Auslande angelegten Kapitalien; die Erkenntnis endlich, daß die Abrüstung der besiegten Nationen auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht auch die Siegernationen die vertragsmäßig übernommene Verpflichtung zur Beschränkung ihrer Rüstungen erfüllen, — all das drängt nach einer Einschränkung der Rüstungen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen Sozialismus, alle Regierungen unter den stärksten möglichen Druck zu setzen, um die in den herrschenden Klassen selbst wirklichen Tendenzen zum internationalen Abrüstungsabkommen auszunützen, die ihnen widersprechenden, mächtigen imperialistischen und militärischen Gegen Tendenzen zu überwinden und auf diese Weise ein internationales Abrüstungsabkommen durchzusetzen.

II.

Die SWJ fordert, daß alle internationalen Konflikte dem obligatorischen Schiedsverfahren oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung unterworfen werden.

Die SWJ fordert, daß dem Völkerbund entsprechend, der Völkerbund einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag ausarbeite und zur Annahme durch alle Staaten empfehle.

Sie betrachtet es als Pflicht aller sozialistischen Arbeiterparteien

1. die Aufnahme eines Geistes in die Gesetzgebung ihres Landes zu erlangen, das jede militärische oder industrielle Mobilisierung ausschließt, bevor ein internationaler Konflikt dem Völkerbund oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung vorgelegt ist.

2. den stärkstmöglichen Druck selbst in der Form der Gewalt gegen jede Regierung auszuüben, die es im Falle eines internationalen Konfliktes ablehnen würde, sich einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen.

Die SWJ ist sich dessen bewußt, daß ihr Kampf um internationale Abrüstungsbeschränkungen desto wirksamer sein wird, je wirksamer sie die Entscheidung aller internationalen Konflikte durch friedliche Mittel zu sichern vermögen wird.

III.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, die die Sieger den Besiegten auferlegen. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen. Die SWJ verlangt daher für alle Nationen die gleiche Freiheit in der Wahl ihres Heeresystems. Die Herstellung dieser Gleichberechtigung der Nationen erfordert aber zwingend ein internationales Abrüstungsabkommen, das einem neuen Vertrage zwischen den Siegern und den Besiegten von 1918 wirksam vorbeugt. Dieses Abkommen muß die Methoden der Abrüstung den verschiedenen Heeresystemen anpassen.

IV.

Die Hauptaufgabe eines Abrüstungsabkommens muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß kein Staat sofort bei Ausbruch eines internationalen Konfliktes große Massen ausgebildeter und bewaffneter Truppen zu einem Angriff bereit habe. Daher muß das internationale Abkommen sichern:

1. Möglichst keine Friedensstände in den Kasernen.

2. Beschränkung der Waffenvorräte, die die einzelnen Staaten bereit halten dürfen.

Soll allen Nationen die Wahl ihres Heeresystems freigestellt werden, so lenkt andererseits die SWJ die Aufmerksamkeit auf die

Gefahr, die ein neuer Impus der Heeresorganisation bietet, der einen starken Kern von Berufssoldaten verbindet mit der Möglichkeit schneller Benützung großer Massen für eine Angriffsfaktion, so daß er die Gefahren des Milizheeres mit denen des Berufsheeres vereinigt.

Man muß also verhindern, daß sich irgendwo, namentlich aber in den Ländern des Milizsystems, starke Kerne von Kasernentruppen bilden und ebenso, daß irgendwo, namentlich in den Ländern der Berufsarmee, Vorkehrungen getroffen werden, die es gestatten, gemotigte Massen zu einem plötzlichen Angriff zu verwenden.

V.

Wo das Heer auf die Wehrpflicht gegründet ist, ist zunächst der Friedensstand auf das zur Ausbildung unerlässliche Maß zu reduzieren. Weiter ist dann auch die Zahl der zum Heeresdienst Auszubildenden zu beschränken. Für die Länder, die Söldnerheere halten, ist in analoger Weise der Friedensstand zu begrenzen. Für alle Länder hat das internationale Abkommen überdies vorzusehen:

1. Verbot des Gastkrieges und der Verwendung von Partisanen zur Kriegführung.
2. Beschränkung der Zahl der schweren Geschütze, Lanzen, Flugzeuge, Beschränkung der Flotte bezüglich der Gesamtgröße als auch nach verschiedenen Schiffskategorien.
3. Beschränkung der finanziellen Zuwendungen für Heer und Flotte.
4. Nationale und internationale Kontrolle der Erzeugung, des Handels und des Transportes von Sprengmitteln.
5. Die Befreiung von Verfehlungen über geheime Rüstungen ist zu verbieten.
6. Internationale Kontrolle der Durchführung aller dieser Beschränkungen durch den Völkerbund oder durch eine weitere, auch die dem Völkerbund nicht angeschlossenen Nationen umfassende Organisation.

Die technischen Schwierigkeiten, die die Abrüstung bietet, können nur unter dem stärksten politischen Druck überwunden werden. Dieser Druck durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten zu üben, ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterparteien. Sie werden zu machen haben, daß die technischen Schwierigkeiten nicht als Vorwand für das Scheitern aller Abrüstungsbestrebungen benützt werden.

VI.

Unbeschadet des Kampfes um internationale Abrüstungsabkommen werden die sozialistischen Arbeiterparteien darum kämpfen, daß jeder Staat aus eigenem Willen seine Rüstungen vorher schon einstelle, oder soweit einschränke, als dies seine besonderen Umstände gestatten.

Die Abrüstungsverträge dürfen für jeden Staat nur das Höchstmäß seiner Heeresrüstungen vorschreiben. Kein Staat darf durch internationale Verträge gehalten werden, größere Streitkräfte zu unterhalten, als er selbst es für notwendig findet. Kein Staat darf für die Einschränkung seines Heeresstandes unter das ihm durch die internationalen Verträge zugewilligte Höchstmäß mit dem Entzug irgendwelcher internationaler Garantien bestraft werden.

VII.

Angeichts der durch die Entwicklung der modernen Waffentechnik wesentlich vermehrten Gefahren, die jede militärische Organisation, selbst bei der demokratischsten Heeresorganisation, für die Demokratie und für die Arbeiterklasse in sich schließt, müssen die sozialistischen Arbeiterparteien mit dem Kampfe um die Abrüstung den Kampf um die Demokratisierung der Verfassungsgewalt über das Heer und die Flotte und um die Demokratisierung der inneren Organisation des Heeres und der Flotte verbinden. Zu diesem Zwecke fordern die sozialistischen Arbeiterparteien:

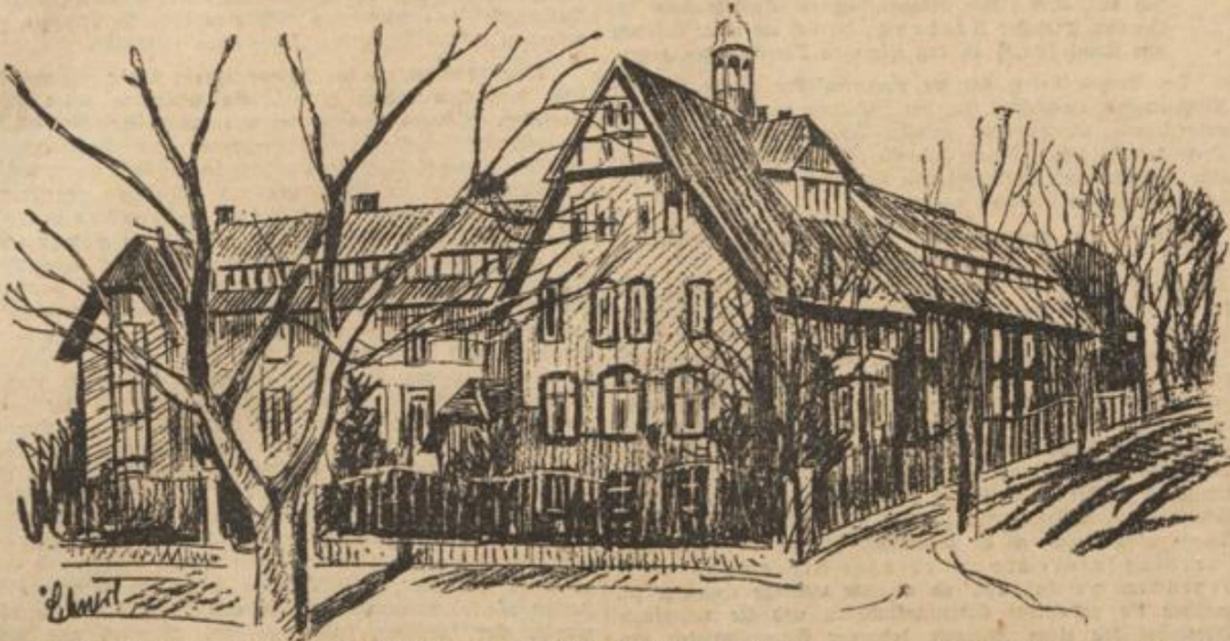
1. Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte, auch keine teilweise Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluss. Kontrolle der inneren Heeresorganisation durch besondere Parlamentskommissionen. Verbot der Verwendung der militärischen Kräfte in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

2. Befreiung aller Schranken, die das Heer vom Volke trennen. Zu diesem Zwecke bei möglichst kurzer Dienstzeit volle Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten. Schutz der Rechte der Soldaten durch von ihnen gewählte Vertrauensmänner. Demokratisierung der Ergänzung des Offizierskorps, Demokratisierung des Disziplinarrechtes und des Militärstrafrechtes, Aufhebung der besonderen Militärgerichte in Friedenszeiten.

VIII.

Zur Beseitigung der Umgehungen der internationalen Abrüstungsabkommen und zur Abwehr der imperialistischen Gefahren ist die Aufstellung und Erhaltung tatsächlicher bewaffneter Milizen und Wehrorganisationen zu verbieten und die Durchführung des Verbots unter internationale Kontrolle zu stellen.

Haus Kinderschuh.



Niemand würde dem schönen in der Wilhelmstraße in Zehlendorf an der äußersten Grenze Groß-Berlins gelegenen Haus seine Bestimmung anmerken, daß es nämlich die Berliner Verteilungsstelle für Fürsorgezöglinge ist. Es wurde ursprünglich auch nicht für diesen Zweck erbaut. „Haus Kinderschuh“ wurde 1906 als Stiftung zweier Mäzene dem „Berein zum Schutze der Kinder“ übergeben und sollte ausschließlich ein Heim für mißhandelte Kinder sein. 125 Kinder wurden hier auf Kosten des Vereins unterhalten. In der Inflation mußte der Verein das Haus an die Stadt Berlin verkaufen. Nun ist es, wie gesagt, die erste Station für alle der Fürsorgeerziehung unterstellten Kinder, d. h. der Kinder von 3—14 Jahren. Die Kinder bis zu 3 Jahren übernimmt das Waisenhaus; die Jugendlichen, die bereits das vierzehnte Lebensjahr überschritten haben, kommen direkt in eine der Erziehungsanstalten.

Wie die Verteilungsstelle arbeitet.

Die Verteilungsstelle soll vor allem dafür sorgen, daß jedes Kind auch zu einer seiner Veranlagung angepaßten Erziehung kommt, und dazu ist eine längere Beobachtungszeit nötig. Denn das Material, aus dem sich diese Kinder zusammenheben, ist ein denkbar verschiedenes. Neben geistig sehr begabten Kindern mit moralischen Defekten stehen geistig minderwertige, neben normalen Kindern, die nur der Fürsorgeerziehung unterstellt werden mußten, um sie aus einem schlimmen Milieu zu befreien, stehen jugendliche Bagabunden oder Kinder mit allzu früh entwickeltem Geschlechtsleben, oft die Opfer irgendeines Angehörigen. Im Haus Kinderschuh werden nun alle diese Kinder 8—10 Wochen einer eingehenden Beobachtung unterstellt, freilich einer Beobachtung, von der sie selbst kaum etwas merken. Und das geht so vor sich: Wenn der in Zivil gekleidete Transporteur — ein Schutzmännchen oder eine ärztlich fähige Anta- person kommt nicht mehr in Frage — früh oder Lote einaeiselt hat, dann ist die erste Begrüßung... eine möglichst reichlich und wohlwollende Mahlzeit. Denn das stärkt ungemein das Vertrauen! Dann kommt das unvermeidliche Bad und die Neueinkleidung und schließlich die ärztliche Untersuchung. Schon bei der ersten Unter-

suchung pflegt sich bei den meisten der Kinder irgendein Leiden herauszustellen, für dessen Beseitigung sofort gesorgt werden muß: Augenleiden, Ohren- und Nasenleiden oder Verkrüppelungen leichteren oder schwereren Grades sind außerordentlich häufig. Hier wird vom Arzt sofort die notwendige Behandlung festgelegt, auch eventuell der orthopädische Turnkurs, der zu besuchen ist, bestimmt. Dann werden die Kinder möglichst sich selbst überlassen, trotzdem für diese 125 Kinder 26 Lehrer und Erzieher im Hause sind! Die Kinder sollen hier nicht gedrückt, sondern beobachtet werden. Die Schule ist in der Anstalt, zwei Klassen mit dem Lehrplan einer normalen zweiklassigen Schule, an der Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden und eine Klasse, die mit den Mitteln der Hilfsschule arbeitet. Die ist sehr nötig, denn fast ein Drittel der Kinder ist geistig minderbegabt! Lehrer und Erzieher tragen nun in Wochenkonferenzen das Beobachtungsmaterial zusammen. Natürlich arbeitet niemand etwa mit Bleistift und Rotbuch in Gegenwart der Zöglinge, trotzdem von jedem sorgfältig Logebuch geführt wird. Diese Beobachtungen und die vorher vorliegenden Akten bilden dann die Grundlage für das abschließende Urteil des Psychiaters. Freilich sind sie nicht die alleinige Grundlage: denn jedes Kind wird von dem Psychiater auch noch persönlich, oft sogar mehrmals untersucht. Ist ein Kind als geistig minderwertig, epileptisch usw. befunden, so bestimmt der Psychiater die entsprechende Heil- oder Pflegeanstalt. So gliedern sich bei der Entlassung aus dem Haus Kinderschuh die Kinder in vier Gruppen: Die Kleinkinder von 3—6 Jahren werden, wenn sie sonst gesund sind, in Kinderheime übergeführt, Epileptiker, Psychopathen, Krüppel kommen in geeignete Heilanstalten; normale, nur etwas schwer erziehbare Kinder kommen in Erziehungsanstalten, und ein beträchtlicher Teil der Kinder wird in Privatpflege gegeben. Aber auch hier wird gut differenziert. Es wird darauf geachtet, daß intelligenten Kindern überall, in der Anstalt wie in dem Wohnort der Pflegeeltern, mindestens eine achtstellige Volksschule zur Verfügung steht, daß Kinder, die bereits eine höhere Schule besuchen, auch ihre Ausbildung vollenden können, daß schwächliche Kinder in Anstalten mit Gartenbau kommen usw. Sogar die Pflegeeltern werden entsprechend der Eigenart des Kindes ausgewählt.

Die Mehrzahl der Pflegeeltern sind „heim Bauern auf dem Dorf“. Das darf aber niemand verlesen, darin so etwas wie eine billige Hüterfindermittlung zu sehen. Wenn das Kind auch an

den gewöhnlichen Wirtschaftsarbeiten in demselben Maße, wie ein Hauskind auf dem Lande teilnehmen soll, so sind vor allem zwei Dinge verboten: Arbeit vor der Schulzeit (Stallarbeiten usw.) und Sonntagsarbeit, besonders auch Sonntagshüten. In jedem Dorf, in dem Fürsorgekinder in Pflege gegeben werden, ist ein Fürsorger, der angewiesen ist, die Kinder wie die Pflegeeltern dauernd zu beobachten und bei berechtigten Beschwerden der Kinder für sofortige Abstellung zu sorgen. Die Adresse des Pflegers wird den Kindern beim Abschied von Haus Kinderschuh in Gegenwart der Pflegeeltern bekanntgegeben; außerdem wird jede Pflegefamilie einmal jährlich vom Direktor des „Kinder Schuhhauses“ unangemeldet besucht, gleichfalls auch vom Bezirksamt. Im äußersten Notfall hat jedes der Kinder das Recht, sich mit der Bitte um sofortigen Besuch an das „Haus Kinderschuh“ zu wenden. Bei diesen weitgehenden Vorkehrungen ist es kein Wunder, daß die Erfahrungen, die man mit diesen ländlichen Pflegefamilien gemacht hat, durchweg gute sind, zumal die Stadt Berlin jetzt die Auswahl hat, denn das Angebot an Pflegefamilien ist weit größer, als die Anzahl der zu vergebenden Kinder. So werden die Kinder fast immer wieder in die alten, seit Jahren erprobten Pflegefamilien gegeben. Die Einwirkung der Landesregierung auf die Stadtkinder ist in fast allen Fällen eine sehr gute; die Kinder verlieren ihre Nervosität, die Isolierung von der eigenen (oft durchaus schädlich einwirkenden) Familie bewirkt einen engeren Anschluß an die Pflegeeltern, so daß das Band zwischen diesem und dem Kind zumeist noch lange nach der Schulentlassung fortbesteht, und der erste Urlaub wird fast immer bei den Pflegeeltern verbracht. Trotzdem werden die Kinder nicht länger als bis zum vierzehnten Lebensjahr auf dem Lande belassen. Sie sollen alle ein Handwerk lernen.

Eine Unterredung mit dem Direktor.

Leiter des „Hauses Kinderschuh“ ist Direktor Schlöffer schon seit dem Jahre 1909, als es noch ausschließlich das Heim der mißhandelten Kinder war. „Glauben Sie mir,“ so sagt er dem Verfasser, „das Problem der Fürsorgeerziehung ist im Massenbetrieb nicht zu lösen. Auch mit den bestausrüsteten Anstalten nicht, vor allem nicht bei Kindern. Denn was wird nicht alles unter dem Begriff „Fürsorgeerziehung“ zusammengefaßt! Alle, die zu mir kommen, sind Opfer des Misses oder tragen an den Sünden ihrer Väter, sind Säuerkinder, Binschopathen, Verwahrloste und von den Eltern selbst gefährdete Kinder. Und doch muß ich sagen: Sie sind alle besser als ihr Ruf! Disziplinierbarkeit habe ich überhaupt nicht. Es wird freilich hier auch prinzipiell nicht geschlagen, d. h. geprügelt. Schreien ist ein Minderwertiges, trotzdem Türen und Tore offenstehen. Und auch bei diesen Flüchtigkeiten muß man nicht immer schlechte Motive unterstellen. Es ist mancher Junge schon zur Mutter zurückgegangen, um sie vor dem trübsüchtigen Vater zu schützen. Man sollte endlich mit dem alten Vorurteil Schluss machen: Das Kind, das rechtzeitig „in Fürsorge“ kommt, ist leicht zu retten. Der Jugendliche, der zu spät „der Fürsorgeerziehung überwiegen“ wird, der schon an drei, vier ungeeigneten Stellen herumgeschoben wurde, ist meist verloren!“

Wieder Straßenbahn durch Großbeerenstraße.

Am 1. März wird der Straßenbahnbetrieb durch die Großbeerenstraße wieder aufgenommen. Es wird von diesem Tage an die Linie 25, Ziegel-Mariendorfer, von der Königgräzer Straße durch die Großbeerenstraße, Kreuzbergstraße, Belle-Alliance-Straße (statt über Halleische-Tor) geführt. Die Zeitkarten der Linie 25 behalten noch weiter Gültigkeit auf dem Wege über Königgräzer Straße, Halleisches Tor, Belle-Alliance-Straße.

„Amt „Steglich“ und „Albrecht“.“ Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion ist geplant, in Steglich zwei Fernsprechemittlungsstellen für Selbstanschlußbetrieb einzurichten, die gemeinsam die Anschlüsse aus dem Anschließbereich der in Begleit kommenden Handvermittlungsstelle Steglich aufnehmen sollen. Für eine der neuen Vermittlungsstellen wird der alte Name „Steglich“ beibehalten, für die zweite ist der Name „Albrecht“ in Aussicht genommen worden.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

„Sind die Leute denn nicht verblüfft?“
„Romantik ist nicht Wirklichkeit,“ sagte Mr. Barnstaple.
„Er gehört zu jener Zahl betriebsamer, korumpierender, reicher Männer, die sich selbst eine Last und für die übrige Welt eine unerträgliche Plage sind. Sie tun gern etwas, was allgemein Aufsehen erregt. Dieser Mann Barralunga war Photographengehilfe und eine Art Schauspieler, als eine Erfindung, die man lebende Bilder nennt, in unserer Welt auftauchte. Er wurde ein großer Unternehmer auf dem Gebiete der Vorführung dieser Bilder, teils durch Zufall, teils dadurch, daß er verschiedene Erfinder skrupellos betrog. Dann stürzte er sich in Schiffsahrtspetitionen und in einen Handel, den wir in unserer Welt mit Gefrierfleisch, das aus großen Entfernungen herbeigebracht wird, betreiben. Er machte die Ernährung vielen Menschen kostspielig, einigen unmöglich, und so wurde er reich. Denn in unserer Welt werden die Menschen eher dadurch wohlhabend, daß sie etwas verhindern, als daß sie dienen. Und nachdem er auf unedle Weise reich geworden war, adelten ihn gewisse Politiker, denen er zur rechten Zeit gefällig war, indem sie ihm den Titel eines Lords verliehen. Verstehst du, was ich dir sage? War euer Zeitalter der Verwirrenheit auch so wie unseres? Du wußtest nicht, daß es so häßlich war. Verzeih, wenn ich dir die Illusionen vom Zeitalter der Verwirrenheit und seinen romantischen Möglichkeiten raube. Aber ich habe eben erst einen Schritt aus dem Staub, der Unordnung und dem Lärm seiner Zügellosigkeit getan, aus Einschränkung, Grausamkeiten und Räten, aus einer Trostlosigkeit, in welcher die Hoffnung stirbt... Bielleicht hast du jetzt, wenn dich meine Welt anzieht, Gelegenheit, um von hier hinaus auf abenteuerliche Fahrten in ihre Wirrnisse zu gehen. Das wäre wirklich ein Erlebnis... Wer weiß, was sich noch zwischen unseren Welten ereignen mag? ... Aber ich fürchte, sie wird dir nicht gefallen. Du kannst dir nicht vorstellen, wie schmutzig unsere Welt ist... Schmutz und Krankheit ist es, was die Romantik in ihrer Schleppe hinter sich herzieht.“

Es entstand eine Stille zwischen ihnen. Er verfolgte seine eigenen Gedanken, und das Mädchen sah da und wunderte sich über ihn. Schließlich sprach er wieder.

„Soll ich dir sagen, woran ich dachte, als du mich ansprachst?“

„Eure Welt ist die Verwirklichung einer Million uralter Träume. Sie ist wundervoll. Sie ist ein himmelhohes Wunder. Aber es ist mir ein großer Kummer, daß zwei liebe Freunde von mir nicht hier sein können, um das zu sehen, was ich sehe. Es ist merkwürdig, wie stark ich an sie denken muß. Der eine ist schon über alle Unversen hinaus, leider! — Aber der andere lebt noch in meiner Welt. Du bist eine Schülerin, meine Liebe. Ich glaube, in eurer Welt ist jeder ein Schüler, aber in unserer bilden die Studenten eine Klasse für sich. Wir drei wären miteinander glücklich, weil wir alle miteinander erbärmlich arm und oft hungrig waren. In unserer studentischen Debattiervereingung unterhielten wir uns und disputierten miteinander, indem wir die Ungerechtigkeit unserer Welt besprachen und wie sie eines Tages verbessert werden könnte. Gab es hier in eurem Zeitalter der Verwirrenheit auch jene Art eifernden, hoffnungsvollen, verhungerten Studententums?“

„Fahre fort,“ sagte das Mädchen, die Augen auf sein verschwommenes Profil gerichtet. „In alten Romanen habe ich von ganz derselben hungrigen, träumenden Studentenwelt gelesen.“

„Wir drei stimmten darin überein, daß das wichtigste Bedürfnis unserer Zeit Erziehung sei. Wir stimmten darin überein, daß dies der höchste Beruf sei, dem wir uns widmen könnten. Wir alle verfolgten ihn auf unseren verschiedenen Lebenswegen, ich am wenigsten nützlich von uns dreien. Meine Freunde und ich kamen später ein wenig auseinander. Der eine gab eine große Monatschrift heraus, die dazu beitrug, die Welt der Wissenschaft zusammenzuhalten. Und der andere, der einer sparlamen und geizigen Firma von Verlegern dienste, gab Schulbücher für sie heraus, redigierte eine Unterrichtszeitung und inspizierte auch Schulen für unsere Universität. Er achtete zu wenig auf Bezahlung und Verdienst, um jemals halbwegs gut dabei wegzukommen, obwohl die Verleger durch seine Arbeit sehr viel verdienten. Sein ganzes Leben war eine ununterbrochene Hingabe seiner vollen Arbeitskraft an den Lehrberuf. Er nahm in den ganzen Jahren seines Lebens kaum einen Monat Urlaub. Während er lebte, hielt ich nicht viel von der Arbeit, die er leistete, aber seitdem er tot ist, hörte ich von den Lehrern, deren Schulen er inspizierte, und von den Schriftstellern, denen er Anweisungen gegeben hatte, über die nie nachlassende hohe Qualität seiner Arbeit und über die Geduld und das Mitgefühl, mit denen er ans Werk gegangen war. Auf solchen Lebensschicksalen, wie es seines war, ist dieses Utopien, in welchem sich euer holdes Leben entfaltet, gegründet: auf solchen Lebensschicksalen wird auch unsere Welt auf Erden ihr Utopien aufbauen. Aber das Leben meines Freundes endete plötzlich auf eine Weise, die mir das Herz zersch. Er

arbeitete zu lange und zu anstrengend, bis eine Krisis eintrat, ohne daß er Gelegenheit gehabt hätte, Urlaub zu nehmen. Sein Nervensystem brach mit erschütternder Mächtigkeit zusammen, sein Geist gab nach, er geriet in einen Zustand tiefer Melancholie und starb. Denn es stimmt vollkommen: die alte Natur kennt weder Gerechtigkeit noch Mitleid. Jener andere alte Freund, ich und die Frau des Toten, die seine unermüdete Helferin gewesen war, waren bei seiner Bestattung die Hauptleidtragenden. Heute Abend überkommt mich die Erinnerung daran mit außergewöhnlicher Lebendigkeit. Ich weiß nicht, wie ihr über eure Toten verfügt, aber auf Erden werden die Toten meistens in der Erde begraben.“

„Wir werden verbrannt,“ sagte das Mädchen.
„Diejenigen, die freigeistig sind, werden auch in unserer Welt verbrannt. Unser Freund wurde verbrannt und wir standen da und nahmen teil an Zeremonien unserer alten Religion, an die wir nicht mehr glaubten, und bald sahen wir seinen mit Blumenkränzen bedeckten Sarg aus unseren Augen durch die Tore, die zu den Ofen des Krematoriums führten, entschwinden; und als er fort war, soviel von meiner Jugend mit sich nehmend, sah ich, daß mein anderer lieber, alter Freund schluchzte, und auch ich rang mit den Tränen, als ich daran dachte, daß ein so tapferes, hingebungsvolles und fleißiges Leben anscheinend so elend und unbedeutend enden sollte. Der Priester las eine lange klagende Abhandlung von einem theologischen Schriftsteller namens Paulus, voll von schlechten Analogiebeweisen und schwachen Behauptungen. Ich wünschte, daß wir an Stelle der Gedanken dieses spitzfindigen alten Schriftstellers eine Rede über den wirklichen Adel unseres Freundes, über den Stolz und die Kraft seiner Arbeit und über seine Geringschätzung seiner Dinge hätten hören können. Sein ganzes Leben hindurch hatte er mit unbegrenzter Hingabe für eine solche Welt, wie es diese hier ist, gearbeitet, und doch zweifle ich, daß ihm jemals das hellere, edlere Dasein, das sein mühevolleres Leben und die Arbeit solcher Menschen, wie er einer war, für kommende Tage gesichert haben, zu vollem Bewußtsein gekommen ist. Er lebte vom Glauben, zu sehr vom Glauben. Es gab nicht genug Sonnenschein in seinem Leben. Wenn ich ihn jetzt hier haben könnte — und jenen anderen lieben Freund, der so tief um ihn trauert; wenn ich beide hier haben könnte; wenn ich ihnen hier meinen Platz überlassen könnte, damit sie zusehen, was ich sehe, wie die wahre Größe ihres Lebenswertes sich in diesen großen Ergebnissen widerspiegelt — dann, dann könnte ich wirklich in Utopien froh sein... Aber ich habe jetzt das Gefühl, als ob ich die Erparnisse meiner alten Freunde genommen hätte und sie nun für mich selbst ausgäbe.“

(Fortsetzung folgt)

Gefängnis für Gobbels.

Demonstration des Publikums im Gerichtssaal.

Das Gericht verurteilte Dr. Gobbels wegen öffentlicher Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen zu sechs Wochen Gefängnis und den Angeklagten Schulz wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu vier Wochen Gefängnis.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Bergmann, u. a. aus: Die noch so ehrliche Überzeugung darf nicht zu strafbaren Handlungen führen. Solange wir in einem geordneten Staatswesen leben... (Lautes Rufen im Publikuum. Der Vorsitzende drohte, bei einer erneuten Kundgebung jedem, der sich daran beteilige, wegen Ungebühr sofort in eine dreitägige Haft abführen zu lassen. Schon vorher hatte man im Publikuum, als der Vorsitzende das Strafmaß gegen Dr. Gobbels verkündete, laut gemurmelt und unbedeutliche Zurufe gemacht.) Amtsgerichtsrat Bergmann fuhr dann mit erhobener Stimme fort: „Solange wir in einem geordneten Staatswesen leben, ist die Befolgung der Strafgesetze zu beachten und zu erzwingen. Nur die Tatsache der Ehrlichkeit seiner Überzeugung und daß er noch nicht vorbestraft ist, hat das Gericht veranlaßt, bei Dr. Gobbels nicht über den milden Antrag des Staatsanwalts hinauszugehen; wenn es sich um eine Wiederholung gehandelt hätte, dann würde die Strafe um ein Vielfaches höher ausgefallen sein. Es muß einmal allen Richtungen in Deutschland klargemacht werden, daß Vollst. nicht durch Mißachtung der Strafgesetze getrieben werden darf. Den Angeklagten Schulz hat das Gericht nach den Zeugnisaussagen für überführt erachtet, sich an der Mißhandlung des Pfarrers Stude beteiligt zu haben. Ihm wurde zugute gehalten, daß er sich in Erregung befand. Diese Erregung ist wieder ein Beweis, wie aufreizend die Worte des Dr. Gobbels gewirkt haben.“

Die Ausführliche des nationalsozialistischen Führers haben ihm wenig genügt. Das Gericht hat mit Recht den Anstifter zu einer höheren Strafe verurteilt als dessen blindes Werkzeug.

Keil „tip“!

Und am Donnerstag werden die Lips geprüft.

In dem Betrugsprozeß Arthur Keil wurde gestern dem Angeklagten Gelegenheit geboten, den ersten Versuch mit seinem „tollischen Lipsium“ dem Gericht vorzuführen.

Nachdem Keil bei Beginn der Sitzung die Sportzeitungen vom Morgen übergeben worden waren, wurde er in ein Zimmer eingeschlossen, um aus den Startlisten die Sieger für seine tollischen Lips zusammenzustellen. Als dann die Sitzung wieder aufgenommen worden war, überreichte er dem Gericht eine Liste, die für jedes der vier Rennen in Frankreich am Montag vier Pferde aufwies. Die Einsätze für die Wetten waren von ihm in der Folge von 1:2:4:8 gestaffelt. Im Zuhörerraum war schon eine ganze Anzahl von Wettustigen mit gefügigen Ohren, Notizzettel und Meißel in der Hand. Amtsgerichtsrat Burkert verbat dem Publikum jedoch, sich irgendwelche Notizen zu machen. Außerdem aber kamen die guten Leute auch nicht auf ihre Rechnung, denn das Gericht sah von einer Verlesung der Liste mit den angeblich siegreichen Pferden ab und legte den Zettel zu den Akten. Da am Mittwoch keine Sitzung ist, wird der Erfolg der Keilschen Wettvorhersagen erst am Donnerstag geprüft werden. Keil wird noch etwa acht bis zehn Tage mit seinen Stegessaufzügen und der Erprobung seines Systems fortfahren.

Im Verlaufe der gestrigen Sitzung wurden auch die Reklamen verteuert, die Keil für sein „behärdlich nachgeprüftes, stets Gewinn bringendes System“ in den Straßen Berlins vertreiben ließ: „Kein Mensch braucht zu arbeiten. Wir arbeiten für sie. Jeden Mann eine Rente. Die Senfation Berlins. Bei kleinen Einlagen 10 Proz., bis 1000 M. 20 Proz., bei größeren Beträgen bis 65 Proz. Monatszinsen.“ Es wurde weiter aufgefordert, sich die Prospekt des Systems kommen zu lassen. Und per Nachnahme erhielten dann die Leute eine Abschrift des Berichtes der Prüfungskommission und sie mußten 2 M. für Porto und Schreibgebühren erlegen. Der Vorsitzende meinte, es wären 20 Pf. auch noch reichlich genug gewesen. Der Bericht ging dahin, daß festgestellt worden sei, daß in drei Tagen 344 Proz. verdient worden wären. Beglaubigt war der Bericht von Direktor Kösch von der Treuhändergesellschaft.

Ein Experiment, das sich nicht wiederholen darf.

Genosse Dr. Breitscheid über den Bürgerblock.

Mit einer vom Reichsbanner geführten Kundgebung, die sich durch eine starke Beteiligung der Arbeiterschaft auszeichnete, eröffneten gestern Abend die Adressaten Parteigenossen den Wahlkampf. Im großen Saale des Restaurants Wöllstein sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Breitscheid. Vor Beginn seines Vortrags gedachte er des vor drei Jahren verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, zu dessen Ehren sich die Versammelten von den Plätzen erhoben hatten.

Der Redner beschäufte sich dann in seinem Referat mit der Bürgerblockfrage, ihrem Verfall und mit den kommenden Wahlen. Er gab einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Bürgerblocks, äußerlich gesehen, zwar am Schluß der Rede, jedoch in Wirklichkeit an dem Widerstand der Arbeiterschaft zerpflückte. Wie auf innerpolitischem, so hat auch die Bürgerblockregierung auf außenpolitischem Gebiet nichts erreicht. Auch hier ist das Bürgerblockjahr ein Jahr des Defizits und im besonderen ein Bankrott der Douchnationalen. Der Bürgerblock ist ein Experiment gewesen, das sich in Deutschland nicht wiederholen darf und wird. Als seine schlimmste Folge ist eine Verleumdung der sozialen Lage der arbeitenden Massen zu verzeichnen, die vor schweren Wirtschaftskämpfen stehen. Die Reichstagswahl ist hier die wichtigste Waffe im proletarischen Befreiungskampf, der besonders auf dem Lande ein schwerer sein wird. Alle Kräfte für den Wahlsieg der SPD. einzusetzen, ist das Gebot der Stunde.

Die verschwindenden Dokumente.

Wie bereits im „Abend“ mitgeteilt, ist gegen einen Beamten des Reichsarbeitsministeriums, bei dem man unter vorläufig noch ziemlich mysteriösen Umständen aus dem Invalidenhaus stammende Dokumente der friderizianischen Zeit beschlagnahmt hat, ein Ermittlungsverfahren wegen Aktenbeseitigung eingeleitet worden. Anzeigen anderslautender Meldungen befindet sich unter diesen alten Schriftstücken nur eins, das die Unterschrift Friedrichs II. trägt. Nach Darstellung des betreffenden Beamten, der sich auf freiem Fuß befindet, handelt es sich bei dieser ganzen Affäre um einen angeblichen Raubakt. Wie der Rechtsbeistand des betreffenden Beamten, Rechtsanwalt R. Bloch, mitteilt, ist es auch unrichtig, daß diese alten Dokumente in dessen Privatwohnung be-

Noch einmal Prozeß Kranz.

Von Prof. Gustav Radbruch-Heidelberg.

Das Urteil im Kranz-Prozeß hat gestern Rechtskraft erlangt. Die Gerichtsakten wandern nun ins Archiv. Das Echo aber, das die unselbige Jugendtragedie in der breiten Öffentlichkeit hervorgerufen hat, wird noch lauschend nachhallen. Wir bringen hier die Ausführungen des Genossen Professor Radbruch, der sich auf unser Ersuchen zum Kranz-Prozeß in den folgenden Ausführungen äußert.

Im Prozeß Kranz hat die Rechtsmaschine gerade in ihrer pflichtgemäßen Sachlichkeit, hat das Publikum durch ein selbst fast pubertätsartig übersteigertes sexuelles Interesse und ein Teil der Presse dadurch, daß er diesem Interesse oft wohl allzuweit entgegenkam, Verheerungen unübersehbarer Umfanges in den Seelen der beteiligten jungen Menschen angerichtet.

Was kann gegen eine Wiederholung solcher Dinge geschehen?

Daß mit 18 Jahren die körperliche Pubertät erreicht sein mag, aber damit keineswegs die geistige Pubertät, daß junge Menschen zwischen 18 und 20 Jahren einer besonderen strafrechtlichen und strafprozessualen Behandlung bedürfen, daß sie insbesondere nicht vor den gewöhnlichen Strafrichtern, sondern vor das Jugendgericht gehören, darüber haben sich die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe und der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag, haben sich die drei Sachverständigen des Strafrechtsausschusses und schließlich auch das Justizministerium in vollem Einflusse geduldet. Der Prozeß Kranz gibt dem voll ausgereiften Gedanken den Anstoß, schnell zur Tat zu werden. Er gibt ferner Anlaß zu Überlegen, ob es zweckmäßig sei, mit dem 16. Geburtstag sofort die unbedingte Eidesmündigkeit beginnen zu lassen, ob es nicht vielmehr angezeigt sei, zwischen die unbedingte Eidesmündigkeit und die unbedingte Eidesmündigkeit einen Zeitraum bedingter Eidesmündigkeit einzufügen, in dem dem Richter die Prüfung der Eidesreife im Einzelfalle obliegen würde. Schließlich mögen wir auch Gelegenheit nehmen zu erwägen, ob es nicht härtere Mächte gebe als den Zwang des Eides und ob es sich nicht empfehle, die Möglichkeit zu eröffnen, in solchen Fällen lieber auf den doch nutzlosen Eid zu verzichten, als einen Jungen sehenden Auges in die Grube des Meineids stürzen zu lassen.

schlagnahmt worden seien. Man hat die Dokumente im Dienstzimmer des Beamten in einem Schrank gefunden, der jedermann in dieser Behörde zugänglich gewesen sei. Die polizeilichen Ermittlungen in dieser Affäre sind zum Abschluß gekommen und die Akten gehen nunmehr der Staatsanwaltschaft III zur weiteren Veranlassung zu.

Gastod einer Greifin.

Verhängnisvolle Fahrlässigkeit eines Mieters.

Die 77jährige Witwe Elise Thumes wurde in ihrer im Hauje Parkstraße 2 gelegenen Wohnung gestern durch Gas vergiftet demütlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der zu Hilfe gerufenen Feuerwehr waren ohne Erfolg. Nach den polizeilichen Feststellungen ist die Greifin das Opfer unverantwortlicher Fahrlässigkeit des Mieters der darunterliegenden Wohnung geworden.

Am Montag wurde dort eine schadhafte Gaskrone abgenommen. Dabei wurde vergessen, einen Sicherungsstempel einzuschrauben. Die austretenden Gase erfüllten bald das ganze Zimmer und nahmen ihren Weg durch die Decke in die darüberliegende Wohnung. Die Wohnungseinwohner, die 77jährige Witwe Thumes, wurde von den in das Schlafzimmer eindringenden Gasen zuerst betäubt und dann getötet. Als die Mieter ihre fahrlässige Handlung bemerkten, war es bereits zu spät. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhause gebracht.

Dieser Unglücksfall wird für den Urheber zweifelsohne eine Auflage wegen fahrlässiger Tötung nach sich ziehen. Es ist erstaunlich, mit welcher Leichtsinnigkeit immer wieder von unberufener Hand Arbeiten an Gasanlagen vorgenommen werden. Noch ist die furchtbare Gaskatastrophe in der Landsberger Allee, die zahlreiche Todesopfer forderte, in frischer Erinnerung. In diesem Falle hätte unter unglücklichen Umständen eine ähnliche Katastrophe herbeigeführt werden können.

50 Jahre in der Partei. Heute feiert der Genosse Hermann Elias, Berlin D, Blumenthalstraße 24, sein 50jähriges Parteijubiläum. Als armer Jude in Triefstewitz, Kreis Torgau, geboren, kam er 1872 nach Berlin und erlernte die Webererei. Seit 1906 gehört Elias dem Stadtparlament an.

Funkwinkel.

Die Persönlichkeiten Alfred Döblin und Leonhard Frank umriss Hermann Kasack in seinem Vortrag „Köpfe der Dichterkademie“. Der Vortrag, der sehr verständlich in die Welt der beiden, nach Inhalt und Ausdrucksform ihrer Werke „jungen“ Dichter einführte, hätte in das Programm der Abendstunden gehört. Es ist eine vollständige Aufgabe, für moderne Dichter zu werden. Kasack hätte sie in diesem Falle aufs Beste erfüllen können — wenn nicht die frühe Radmittingstunde ihm gerade die wertvollsten Hörer entzogen hätte, auf die es in erster Linie ankommt. — Ueber die Gestaltung des modernen Schulfunkunterrichts sprach Oberlehrer Dr. Döblin. Er schilderte, wie das Kind heute nicht mehr zur sinnlosen Musiknachahmung, sondern zu lebendigen Musikverständnis erzogen werden soll. In seiner Vortragsreihe „Arbeitsstätten in der Dichtung“ behandelte Dr. Wolfgang Hoffmann-Hornisch an Hand gut ausgewählter Literaturproben das Thema „Von Schreibstücken und Reaktionen“. — Sehr hübsch war das Abendprogramm, das den Sammeltitel „Protesten“ trug. Musikalische und literarische Darbietungen verleiteten sich zu erheitendem Ganzen. Gotthard Rühl las eine Auswahl Prosa-Protesten mit der sachlichen Trockenheit, die notwendig ist, um diesen Stoff zum Selbststudium zu bringen. Konzertmeister Julius Berger und Bruno Seidler-Winkler spielten zwei wirkungsvolle Protesten für Cello und Klavier von Josef Haas. Paul Graemerts gelungene Vertonungen Morgensterne und Regenlieder und Walfrämaden sang Cornelius Bronsgeest, vom Komponisten am Flügel begleitet. Ueber die in das Programm geschickt eingestreuten erläuternden Sätze sei besonders dankend quittiert. Am Radmitting las Hellj Sollen aus seinem Buch „Bomb!“ seine Lier- und Natur-schilderungen.

Das juristische Ergebnis des Prozesses Kranz

läßt sich zusammenfassen in das Wort des Gutachters Prof. Spranger, daß es „beinahe niemals möglich ist, die Psyche des Jugendlichen in Einklang zu bringen mit der Fassung juristischer Paragraphen“ — wenn man nicht eben diese Paragraphen ganz besonders auf die Psyche des Jugendlichen zuschneidet.

Aber die Bedeutung des Strafverfahrens Kranz geht weit über seine juristischen Lehren hinaus. Es gehört zu jenen großen Prozessen, in denen gegenwärtige und ewige Gegensätze sich vor den Gerichtshöfen auseinandersetzen. Der Sachlichkeit der Juristen — gewiß, sie ist nötig — trat in den Gutachten ergreifend die Menschlichkeit des Psychologen und Pädagogen gegenüber — ach, wie nötig ist sie! Es sind Worte gesprochen worden, wie man sie in Gerichtssälen selten gehört hat. Wir wird immer die erste Rede Reichenaus in der ungewohnten Umgebung des Reichstags in Erinnerung bleiben. Er sprach von der Lante des Amfortas, welche die Bunden heilt, die sie schlägt, ganz und gar nicht dem Orte gemäß, an dem er stand — und gerade deshalb legte sich über die Versammlung plötzlich das atemlose Schweigen gebannten Aufmerkens. Wehnlich mag es gewesen sein, als in diesem Prozeß Spranger von der Todesnotwendigkeit des Jugendlichen oder Goldbed von dem Erlebnis-kummer des jungen Menschenkindes wundervoll menschliche Worte sprach, als Spranger von der Würde rebete, die in uns allen vorhanden sei, und Goldbed sagte, daß er den Angeklagten ganz verstehe, daß er keinen Zug aufweise, den er nicht selbst erlebt habe. Angesichts dieses Gegensatzes von Menschlichkeit und Sachlichkeit fühlte man sich gewohnt an das Wort Albrecht Schöffers in seinen „Brüdem Chamade“: „Die Menschen haben kein so tugendes Bestreben, wie das, unmenschlich zu sein, und das unter dem Vorgeben, gerecht, oder schlimmer, sachlich zu sein. Niemand war jemals sachlich, denn eine Sache ist eine Unmenschlichkeit.“

Und inmitten dieser Stille der Ergriessenheit richtete sich auf, unübersehbar und Antwort helfend auch für die, denen die Bewegung der Jugend es noch nicht nahezubringen vermocht hatte, die Jugendnot dieser Generation, die Geschlechtsnot des gegenwärtigen Menschen und die völlige Rat- und Hilflosigkeit der Gesellschaft diesen Tatsachen gegenüber.

Was sie hängen sehen, hängen sie ab.

Zu der Festnahme einer Diebstahlskette.

Die Welt muß sich spezialisieren, also auch die Kunst der Diebe. Verhältnismäßig wenig hört man von der Spezialität der sogenannten Abhängediebe, das sind Leute, die irgendwelche zu Reklamezwecken an die Außenwände der Läden gehängte Gegenstände „abhängen“, also mitnehmen. Der Schrecken der Geschäftslente im Norden und Nordosten Berlins war seit Monaten eine solche vier Mann starke Kolonne von Abhängedieben, die jetzt endlich unschädlich gemacht wurde. Zwei von diesen vier kamen erst vor einiger Zeit nach Berlin, suchten Arbeit, fanden aber keine und hielten sich zunächst mit Koffertragen auf dem Steintor Bahnhof und anderen Gelegenheitsarbeiten über Wasser. Im Wartesaal des Schloßhofs lernte der Anführer der Bande, ein gewisser Thiel, sie kennen. Er hatte gerade eine größere Beute gemacht und traute sich nicht, sie selbst zu seinem Freund Grosche zu bringen, der nicht nur sein Heiserhelfer bei Diebstählen, sondern auch sein Helfer war. So brachte er beide bei Grosche unter. Beide waren nun bald ihm willfährig und ließen sich „sachmännlich“ zum „Abhängen“ anleiten und ausbilden. In den Abendstunden, wenn die Straßenlampen angezündet wurden, wanderte die Kolonne im Zwielicht umher und nahm überall, was sie bekommen konnte, Kleidungsstücke, Stiefel, Gemüße und andere Lebensmittel, kurz, alles, was sie vor den Geschäften hängen oder stehen sah. Die ganze Beute wurde stets zu Grosche gebracht, der in der Münzstraße und ihrer Umgebung Abnehmer für alles mögliche an der Hand hatte. Es bedurfte langer Beobachtungen der Beamten, um diesen Spezialisten auf die Spur zu kommen und ihren Schlupfwinkel in der Drontheimer Straße zu ermitteln. Bestern fielen sie dort ein und überraschten die ganze Gesellschaft bei einem Festgelage, das sie mit Mädchen zu veranstalten pflegten, wenn der Erlös für die gestohlenen Waren dazu reichte. Die Festgenommenen wurden alle vier dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Rund 200 Diebstähle sind ihnen nachgewiesen worden und den größten Teil geben sie auch zu.

Folgen antifemistischer Hehe.

Ein tausendjähriger jüdischer Friedhof geschändet.

Candau (Pfalz), 28. Februar. Von Bubenhänden wurde vor wenigen Tagen der jüdische Friedhof in Esslingen bei Candau in der Pfalz (und zwar von Burschen im Alter von 17 bis 19 Jahren) verunstaltet. 42 Grabsteine wurden umgeworfen und teilweise zerstört. Der Friedhof ist nahezu 1000 Jahre alt. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen eingeleitet. Diese Meldung ist in der erschütternden Liste der Schändungen jüdischer Friedhöfe die 52.

Dauerflug des „Los Angeles“.

Nach 2200 Meilen gelandet.

Das Zeppelin-Luftschiff „Los Angeles“ landete um 10.40 Uhr abends nach einem 2200-Meilen-Ohnehaltflug auf dem Francke-Feld (Panama). Der Flug verlief ohne Zwischenfälle bei günstigem Wetter.

Der Prozeß Kranz und seine Lehren. Die Deutsche Liga für Menschenrechte veranlaßt heute, Mittwoch, den 29. Februar, um 10 Uhr, in dem Saal der Reichsversammlung, ein Meeting zu abgeben. Es werden folgende Redner anwesend sein: Dr. Karl Lenz, Stadterwählter Minna Ledeburg u. Konstanze Ledeburg. Besondere u. a. Das Preussische Justizministerium, der Eiche Staatsanwalt Steinbeck das Schwurgericht sind eingeladen. Der Vorsitzende Dr. Frey hat sein Erscheinen ausgesetzt.

Epitaphien. Ab Donnerstag, dem 1. März, beginnen wieder die Baumtagungsarbeiten im „Toll“.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

Ein Zwischenspiel.

Von Kurt Reinhold.

Rallon spielte in einem Vorstadtcasé. Von vier Uhr nachmittags bis Mitternacht. Ein unscheinbares Männchen, mit krummen Beinen und einem wie verbeultem Gesicht, dessen weisse Haut sich in unzählige Falten und Fältchen gelegt hatte. Strich er sein Instrument, dann blickten seine Augen glaslos und uninteressiert auf die Noten oder drüber weg ins Leere.

Von meinen regelmäßigen Besuchen im Casé kannte ich ihn schon lange, beim Blättern in meiner Zeitung versicherte ich mich zuweilen, daß er auf seinem Posten war, aber er blieb schließlich eine anonyme Gestalt für mich, eine Art Einrichtungsgegenstand des Lokals.

Die Kapelle hatte ihre große Pause, und Rallon sah zwei Stühle von mir entfernt, ein Glas Tee und einen Teller mit belegten Schnitten vor sich. Wenn er sah, wurde sein Gesicht noch kleiner und runzlicher, als es sonst schon war. Er taute gemissermaßen mit dem ganzen Kopf, es sah nicht gerade sehr appetitlich aus.

Was mich selbst nun betraf, so fühlte ich mich heute recht elend. Ich war stark erkältet und gefand diesen ungemütlichen Zustand durch häufiges Doppelniesen unumwunden ein. Jedesmal aber, wenn ich schluckend losprustete, zuckte Rallon zusammen, verzögerte seine Raubbewegungen, und mich traf ein scharf erschröcker Blick — kein Zweifel, es regte ihn irgendwie auf.

Am Ende wurde mir die Sache zu dumm; sollte er sich mit Gott woanders hinsetzen, wenn er meine Nieserei nicht vertragen konnte! War ich der Gast hier oder war er's? Im gegebenen Moment bemerkte ich deshalb mit spöttischer Höflichkeit zu ihm: „Verzeihen Sie, daß ich mich erkälte habe! Es stört Sie wohl sehr?“ Es freute mich, daß ich ihn verwirrt gemacht hatte. Er schenkte ordentlich in die Höhe und irrlerte ängstlich mit den Augen. Statt sich aber zurückzuziehen, wie ich es beabsichtigt hatte, trat er noch kurzer Unschlüssigkeit rasch an meinen Tisch.

Er verbeugte sich edlig, wobei sich sein Smottinghans aufs entschuldigendste verlob. „Ach bin Ihnen eine Erklärung schuldig, mein Herr, damit Sie mich nicht für einen kompletten Narren halten. Darf ich...?“ Verblüfft wies ich auf einen freien Stuhl.

Rallon dankte, setzte sich und schien in Schweigen versinken zu wollen, als getraue er sich nun doch nicht recht, vor einem Fremden mit der Sprache herauszurücken. Plötzlich raffte er sich auf.

„Die Sie mich hier sehen, mein Herr, war ich nicht immer ein Caséhauspieler. O nein, durchaus nicht. Es gab Zeiten, wo ich Besseres zu tun hatte, als Liebespaare und allernde Junggefallen durch das Ave Maria von Gounod in sanfte Stimmungen zu versetzen. Damals war ich in einem großen Orchester tätig, als erster Konzertmeister, und ich brauche Ihnen nicht zu beweisen, daß dazu immerhin ein gewisses Quantum von Talent gehört. Meiner Dirigent war ein sehr berühmter Mann, ein herrlicher Künstler und eine schöne Erscheinung überdies, ebenso gefeiert in Paris, London und Petersburg, wie bei uns in Berlin. Man rief sich förmlich um ihn, und sein Name allein genügte, um die riesenhaftesten Konzerthallen bis auf den letzten Stehplatz zu füllen. Mit hingebendem Entzücken folgten die Frauen den elegant glittenden Bewegungen seiner schmalen weissen Hand, die uns doch so fest und unentzerrbar lenkte, so, ein Zauberer war er, ein magisches Genie...“

Rallon schüttelte zur Bekräftigung leidenschaftlich den Kopf, verdrehte die Pupillen und hielt den Mund halb geöffnet. Er hatte sich in heulige Begeisterung geredet, und erst ein tüchtiger Nieser von mir rief ihn aus seiner Schwärmererei. Ermüdet fuhr er fort:

„Ja, Sie warten auf die Erklärung, die ich Ihnen versprach, mein Herr. Gleich bin ich so weit. Ich sagte, daß wir unseren Dirigenten liebten, unendlich hinzuzufügen, daß wir unter ihm mit einem wahrhaft verzückten Eifer spielten. Wir lesen ihm im wörtlichen Sinne jeden Wunsch von den Augen ab. Man konnte einfach nicht pöhen, wenn man zu ihm auf sah, man würde sich verwerfen und gemein vorgekommen; leben Sie, so verlobt es sich mit diesem Mann! Es klingt unglaublich, verlobt, sentimental, aber es war nun mal so...“

Er schüttelte mit seinen kleinen Häuslein umher. Griff dann nerds nach einer neuen Zigarette.

„Und jetzt, Herr, wo Sie mich besser verstehen werden, komme ich zu dem Eigenlichen, dem Entschlichen, das mein ganzes Leben verlobtete. Der Meister feierte sein zehnjähriges Dirigentenjubiläum. Aus diesem Anlaß wurde ein großes Festkonzert arrangiert, mit einem besonders erlesenen Programm und einem bedeutenden Solisten. Das Konzertstück des Abends aber bildete die Aufführung einer einsätzigen Sinfonie, die ein hochbegabter junger Komponist geschrieben und dem Meister in tiefer Verehrung gewidmet hatte. Sie können sich denken, daß schon acht Tage vor dem Konzert alle Karten vergriffen waren und daß wir vom Orchester uns eigentlich viel imiger auf diesen Abend freuten als das Publikum, das für uns nie mehr bedeutete als der prunkvolle Rahmen um das leuchtende Bildnis des Meisters.“

Sein und unser Festtag kam. Alles entwickelte sich aufs Schönste. Das Publikum konnte unserem König den Beifallsruf entgegen, kaum daß er die Reinspize aus der Garderobentür gesteckt hatte. Wir, seine treue Garde, empfangen ihn stehend und trommelten wie verrückt mit den Bögen auf die Instrumente — ich verehrte ihn in diesem Augenblick so stark, daß nicht viel gefehlt hätte und ich wäre vor ihm huldigend niedergeturnt. Sie finden das gewiß albern, mein Herr, ich nehme Ihnen das auch nicht übel, und ich würde es Ihnen überhaupt nicht erzählen, wenn es nicht zum Verständnis des Späteren unbedingt nötig wäre.“

Rallon schielte nach seinen Beinen hinüber, die eilig den letzten Schluck Bier tranken. Er sah unruhig nach der Uhr und winkte den anderen zu.

„Ich muß mich beellen, sonst bringe ich Sie womöglich um die traurige Pointe der ganzen Geschichte. Also das Jubiläumskonzert nahm einen glanzvollen Verlauf. Ich glaube, niemals vorher hätten wir mit solcher Inbrunst und gespannter Aufmerksamkeit gespielt. Der Meister dirigierte in strahlender Ueberlegenheit, und oft überflutete seine sanft so beherrschten und durchsichtigen Rienen eine breite Welle des Glücks und der Befriedigung. Ach, und ich Unzuliebe sollte schuld sein... Hören Sie, mein Herr, was sich jetzt gutrug.“

In der Sinfonie gab es gegen den Schluß eine wunderbar ergreifende Stelle, wo alle Instrumente 37 Takte Pause hatten, um einem zarten, kapriziösen, rondoartigen Zwischengespräch zwischen Flöte und Klarinette zu lauschen. Gerade auf diesen in seiner schlichten ungekünstelten Herzlichkeit so rührenden Teil hatte der Meister bei den Proben den größten Wert gelegt. Hier sollte die Wurzel des Erfolges liegen.

Und sehen Sie, da passierte es mir. Ritten in das Idyll hinein, das jede nicht ganz verhärtete Seele bezwingen mußte, pöchte ich mit meinen brutalen Geräuschen, die die Folgen eines widerwärtig feuchtkalten Herbstes waren. Ja, ich mußte niesen!!! Ich zerriff die friedliche Stille mit barbarischem Lärm...“

Als ich das verlobte Krübbeln in der Reie zum erstenmal verspürte, durchfuhr mich ein eifriger Schreck. Ich versuchte, den übermächtigen Reiz gewaltiam zu unterdrücken, ich stemmte mich sekundenlang gegen die Auslösung, mir schien der Schädel vor Anspannung zerbersten zu wollen. Alles umsonst. Scharf und frochend wie Paukenschläge nieste es aus mir — es, es nieste, nicht ich, bester Herr! — Und das nicht weniger als fünfmal! Fünfmal!

Begreifen Sie das? Wissen Sie, was es heißt, mein Herr? Sie wissen es nicht. Man niest zweimal, auch dreimal hintereinander, aber fünfmal — nein, mein Herr, das kommt nicht vor.“

Wie Balzac arbeitet.

Von Emil Ludwig.

Im Schweigen liegt die nächtliche Manjarde, auf dem breiten Tische brennt die Oellampe, der gemaltige Schädel eines Mannes leuchtet sich hinter dem grünen Schirm auf das Papier. Kein Laut im Haus umher; nur durch das sommerlich geöffnete Fenster, aus der Tiefe da unten, hinauf ans Dach des steilen Hauses rauscht der Schall von Paris. Der letzte Länger hat den Frost längst neben sein Bett gemworfen, die ersten Händler, die nach den Hallen laufen werden, sind noch nicht munter, denn es ist drei Uhr, und selbst die Liebenden erweichen nur zu leichem Müßlern, das hinter tausend Mauern, Wänden und Lären verlobt.

Kur der eine sitzt mit überwachen Sinnen an seinem Tisch und macht mit hostig-sprühender Feder die weissen Bogen schwarz, die er stapelt. Das ist der Lürmer-von-Paris, der Mann, den sein Gesicht bestimmt, die Stunden des Jahrhunderts abzulaufen, hoch über der Weltstadt, Nacht um Nacht, ein Wächter seiner Zeit. Kur daß er nicht an eine Stode schlägt; er schreibt sie auf die Bogen, die Geschichte dieser wunschvollen Menschen, die jetzt da unten schlafen, die Legende ihrer Seelen, wie sie lieben, laufen und leiden, wenn sie wachen, aber auch die ihrer Brüder draussen in Frankreichs Provinzen, den engen und den weiten, denn so weit reicht sein Blick aus der Manjarde. Und wie er hier sitzt, behaue ein Menschenalter, mehrten und sammeln sich die Gestalten, und wie er sie durcheinanderschiebt, Menschen von jeder Art, bilden die Hunderte, es bilden zweitausend eine durchwimmelte Welt für sich, Abbild der Gegenwart, Mikrokosmos.

Jetzt steht er auf, seinen Kameraden aufzuwecken, denn dieser ganz westliche Mensch hat zum einzigen Gedächtnis in den langen Nächten einen Morgenländer, ohne den kann er nicht sein, den Kaffee, der ihn immer befehlt. Wenn er jetzt vor den Spiegel träte, der beim Bette hängt, es würde ihm eine Königsgehalt entgegen treten, klein, in weicher Kapuznerkutte, die Kordel weit gelassen, denn er ist schon recht dick geworden von so vielem Eiben, auch der immer offene Hals, dieser Sternnaden ist zu fett für einen Mann von Anfang dreißig, und das Gesicht ist gerötet wie bei kurzatmigen Menschen. Eine große Nase ragt aus dem Riesenschädel, unter ihr wölben sich funklig dicke Lippen, alles, Doppelkinn und hübschig schwarze Haare, schieln an diesem Rönd Genugthuung zu verraten, Genüsse von grober Substanz.

„Aber nie gab es etwas“, erzählt sein Freund, der Dichter Gautier, wie diese Augen. Sie hatten Leben, Leuchtkraft, Magnetismus, trotz tägliger Nachtwachen war die Sklera rein, durchsichtig, blau durchhäutert, wie die eines Kindes oder einer Jungfrau, und sahte zwei schwarze Diamanten ein, die für Augenblicke Goldreize durchblitzten: Blide, um durch Rauern und Herzen zu sechen, um Tiere zu zähmen, Augen eines Herrschers, eines Dompteurs.“

Und doch ist die Kutte keine Verkleidung. Dieser Mann, der weder wie ein Dichter aussieht noch eigentlich wie ein Franzose, dieser gedrungen, keine Reimch mit den groben Zügen eines Emporkömmlings, der nur aufwärts drängt, um oben zu toteln, dieser halbe Rönd, den selbst sein raffendes, feuriges Auge zwar aus der Reihe brutaler Energisten, doch nicht in die Reihe betrüblicher Geister zu führen scheint, verbringt in Wahrheit drei Viertel jeder oietundzwanzig Stunden, verbringt Jahrzehnte in der Klausur, die er sich aufstellt, einsam schreibend.

Denn wenn es jetzt bald Morgen wird und laut, wenn die Seher an ihre Kästen treten, noch müde und mürrisch, dann finden sie Stiche von Bogen mit der herrlichen aber wechselvollen Schrift von Balzac, und sie seuchen, denn das ist schwer zu lesen, und doch muß es rasch sein, denn dieser Autor hat nie Zeit; ein halbes Duzend mal läuft der Junge von der Druckerei zum Autor und zurück, um fangen die Korrekturen an und nehmen kein Ende. Was er nachts im Rausch der Stille hingeworfen, das hämmert er im frühen Licht des Morgens neu, da werden ganze Seiten eingeschoben, angestrichelt, kreuz und quer durch, Pfeile und Tierzeichen weisen auf neue Sätze und Worte, alles wird durchgesehen und obgehört, sechs, acht, selbst zehnmal geht ein Bogen zurück, und alles schnell wie für einen Journalisten. Denn die Zeitungen warten meist schon auf das neue Romantepitel, die Verleger auf das Ende eines lange versprochenen Buches. Aber auch abnedies verlangt er das Geschriebene sofort in der Diktanz des Druckes zu sehen, läßt auf seine Kosten tagelang Korrekturen machen, bis die profunden Seher erklären, sie arbeiten nicht länger als eine Stunde Balzac.

das ist eine niederträchtige Karität, und ausgerechnet mir in solchem Moment mußte sie zusoheten...“

Die Leute unten lücherten, einige Spökögel auf den Stehplätzen konnten es sich nicht verkneifen, ungetriert „Gefundheit!“ und „Prösterchen!“ zu rufen, die ganze erhebende Stimmung war zum Teufel. Doch das war schließlich noch nicht das Schlimmste für mich, was kummerten mich die albernen Leute? Nein, das Schlimmste war der Meister, den ich an seinem Ehrentag in diese Verlegenheit hatte bringen müssen. Zwar ließ er sich jetzt und später nichts merken, vielleicht nahm er den Zwischenfall sogar von der humoristischen Seite, sehr wohl möglich; aber ich selbst konnte es mir nicht vergeihen, daß ich ihn mit meinem fünffachen Geprüfse beleidigt, seine hehre Künstlerkaste tödlich profaniert, sozusagen Blasphemie verlobt hatte! Es ging gegen jeden künstlerischen Anstand und Stolz...“

Als ich am nächsten Morgen noch in einer Kritik den Satz las: „Bogaberdend geriet das melodische Duett zwischen Flöte und Klarinette, wozu Konzertmeister Rallon eine reizende Schnupfenbegleitung improvisierte...“ da stand mein Entschluß endgültig fest. Ich polde meine Sachen und verschwand auf Kimmerviedersehen.“

Der Klavierpieler schlug einen Akkord an, Rallon erhob sich wie auf ein verabredetes Zeichen.

„Das Uebrige, mein Herr, wird Sie nicht interessieren. Ich wollte Ihnen so auch nur erklären, weshalb ich gegen Ihre Erklärung solchen heftigen Abscheu zeigte. Es ist eine Ungezogenheit, die ich mir bis heute nicht habe abgewöhnen können: ich vermag niemandem ruhig niesen zu lassen, es regt mich immer von neuem auf...“ Verzeihen Sie nochmals, mein Herr!“

Sedenfalls war jetzt die Serenade von Toselli fällig.

Um Mittag tritt ein Freund ein, ihn abzuholen; da steht er glühend, dampfend da, in der Ueberhigung des Stegers, denn jede Nacht ist eine neue Schlocht, dann hat er Niesenhunger, ist viel und einfach, streicht sich Butter mit Sardinen aufs Brot, erzählt und ist meistens guter Dinge, immer der Unterhaltende, immer in Bewegung, in Plänen, Geschäften, Projekten, in Ruhe nie, fast niemals im Genuss.

Balzac war immer ein Gehefter.

(Mit besonderer Erlaubnis des Verlegers Ernst Rowohlt, Berlin, dem Buche „Rust und Schlocht“ von Emil Ludwig entnommen.)

Die einseitigen Verbrecher.

Die Aufspürung der Verbrecher würde der Polizei noch sehr viel schwerer gemacht werden, wenn nicht die Verleger des Gesetzes eine Eigenschaft besäßen, die nicht gerade für ihre Intelligenz und Vielfältigkeit spricht: der Verbrecher bleibt fast immer bei seinem „Reissen“; er verändert selten seine Methoden. Man würde seine Zeit vergeuden, wenn man nach einem Einbrecher unter den Hochstaplern, Taschendieben oder Fälschern suchen würde. Durch diese „Spezialisierung“ in den einzelnen Arten des Verbrechens ist es der Polizei möglich, genaue Listen der einzelnen Kategorien zu führen und aus der Art, wie ein Verbrechen ausgeführt ist, auf den Urheber zu schließen. Ein Verbrecher, der neue Methoden einführt und seine Ziele wechselt, ist ein weisser Kabe, der den Kriminalisten denn auch meist viel zu schaffen macht. Man kann die Intelligenz eines Verbrechers schon aus der Art seiner Untaten erkennen. Ein englischer Fachmann, Hugh Brabn, der eine Klassifizierung der Verbrecher unter diesem Gesichtspunkt vorgenommen hat, erklärt die Hochstapler für die Klügsten ihres Standes. Das sind oft Menschen von großer Bildung und seltener Klugheit, die die ganze Welt durchreisen, um ihre Opfer aufzusuchen, und selten gefasst werden. Auch der tüchtige Zuelenbier arbeitet mit großer Vorsicht und Geschicklichkeit; er beknügt sich mit wenigen, aber einträglichen Unternehmungen und läßt nichts unberücksichtigt. Er verwendet Kanone darauf, um einen „großen Schlag“ vorzubereiten, und sorgt für einen geschickten Helfer, der die Beute dann sofort in einer Weise unterbringt, daß die Spuren schwer zu finden sind. Der Detektiv weiß sofort, ob ein solches Verbrechen von einem geliebten Diebe ausgeführt ist. Diebstehle sind meistens Sachkenner. Wenn sie bei einer Firma einbrechen, dann wählen sie unter dem großen Lager nur diejenigen Stücke aus, die einen bedeutenden Wert haben. Die meisten Einbrüche, wie sie tagtäglich die Spalten der Polizeiberichte füllen, sind „Rufschwert“, dessen Urheber leicht aufzufinden sind. Besonders werden die Einbrüche in Warenhäusern stets in den gleichen Formen durchgeführt, und man kann aus gewissen Einzelheiten darauf schließen, welche Bande hier beteiligt war. Der Banknotenfälscher gehört zur Intelligenz der Verbrecherwelt; er hält sich fast immer im Hintergrund, arbeitet mit verschiedenen Gehilfen, die für ihn die Kasstanen aus dem Feuer holen müssen; er selbst ist nur einem Vertrauensmann bekannt, der dann wieder andere Personen zur Verwertung der gefälschten Noten und Schecks ausschickt. Taschendiebe sind oft Virtuosen in ihrem Fach, aber den geschickten Langfingern entspricht nicht eine ähnliche Ausbildung des Gehirns, und während sie den Diebstahl selbst tadellos ausführen, lassen sie sich von den Polizisten leicht ertappen. In den Listen der Kriminalpolizei sind die einzelnen Spezialitäten genau verzeichnet, und so weiß man, wenn ein bestimmtes Verbrechen gemeldet wird, meist ziemlich sicher, um welche Persönlichkeit es sich da handeln kann.

Die 250-Millionen-Stiftung einer Herrscherin. Die Begum von Bhopal, die berühmte Beherrscherin des indischen Staates in dem seit Anfang des 19. Jahrhunderts nur Frauen regieren, hat ihr ganzes Vermögen im Werte von 250 Millionen Mark für die Propaganda des Islam gestiftet. Bis zu ihrer Abdankung war sie die einzige Herrscherin in ganz Asien und genoh die größte Verehrung ihrer Untertanen. Als die treue Anhängerin des Propheten ging sie stets verkleidert und besaß eine so ihr Heer, sprach Urteile und hielt Reden, ohne jemals den Schleier zu heben. Selbst ihre Minister haben sie niemals von Angesicht zu Angesicht gesehen. Sie hat jetzt dem Thron entsagt, um sich und ihr ganzes Vermögen der Sache des Islam zu widmen.

Stimmen gegen die Landbundheke

Zuschriften vom Lande: „Wie es steht und woran es fehlt.“

Landbunddemagogie und deutschnationale Interessenpolitik arbeiten zusammen, um Bild und Ausmaß der tatsächlich vorhandenen Agrarkrise zu vergrößern und aus den anerkannt notwendigen Hilfsmitteln zur Förderung der gesamten Landwirtschaft sinnlose Subventionen für einzelne bzw. planlose Unterstufungen für einzelne Gruppen in der Landwirtschaft zu machen. Wir beginnen deshalb heute mit dem Abdruck von Zuschriften aus dem Lande, die beweisen, daß man weder mit der Demagogie des Landbundes einverstanden ist, noch die planlosen, vom preussischen Staatsministerium aber glücklich torrigierten Maßnahmen der Rechtsblockregierung des Reiches für zweckmäßig hält. Sie stellen in manchen Teilen auch das Bild richtig, das unverantwortliche politische Hege von der Rot „der“ Landwirtschaft entworfen hat.

Eine Stimme aus dem südlichen Westfalen.

„Gemäß hat der Friedensvertrag im Osten ein unnatürliches wirtschaftliches und politisches Gebilde geschaffen; daß aber nun gerade die Landwirtschaft am meisten unter diesen Verhältnissen zu leiden hat, ist mit dem besten Willen nicht einzusehen. Mag ein Krieg ausfallen wie er will, fallen einmal die Hauptbelastungen (Kontributionen, Zwangsbevorratungsvorschriften), muß sich jeder Landwirt bei vernünftiger Bewirtschaftung emporarbeiten können; denn das Urelement der landwirtschaftlichen Produktion, der Boden, die primäre Quelle des Wohlstandes, kann, falls sie verschüttet wird, jederzeit freigegeben werden.

Man gehe einmal in typisch bäuerliche Gegenden, aber nicht in solche, wo der Boden in die ersten Bonitätsklassen eingereiht ist, sondern dorthin, wo in klimatisch ungünstigsten Landstrichen der Bauer einen harten Kampf um seine Existenz zu führen hat. Ich denke gerade an die südlichsten Kreise Westfalens, die sich um das Rothaargebirge gruppieren, und die hochgelegenen Westermahlberge. Hier muß die Quelle des landwirtschaftlichen Reichtums, die von der Unkunst des Klimas zugewehrt wird, ständig freigegeben werden. Die Menschen haben hier zu kämpfen und können sich gewiß nicht rühmen, unverschuldet zu sein; aber eine Verschuldung, wie sie in der Großlandwirtschaft, speziell im Osten, bestehen soll, kennt man nicht.

Die Schulden, die in diesen Bauernkreisen bestehen, haben größtenteils ihre Ursache in der Erbteilung, und für deren Entstehung ist die Wirtschaftsführung nicht verantwortlich zu machen. Die Schulden, die heute in der Großlandwirtschaft bestehen, sind — dessen muß man sich erinnern — beim Produktionsprozeß entstanden. Wenn es nun aber dem Bauer in den schlechtesten Gegenden Deutschlands möglich ist, sich nicht nur über Wasser zu halten, sondern, falls die Familienverhältnisse nicht zu ungünstig sind, auch noch einen bescheidenen Wohlstand zu erwerben, hat man doch alle Ursache, sich mit dem Problem der geplanten Stützungsaktion gründlich zu befassen.

Indessen scheint mir, daß noch ein weiterer Faktor mitwirkt, den Großbetrieb in eine ungünstige Lage zu bringen. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß in der ganzen Struktur des landwirtschaftlichen Großbetriebes ein starker Passivposten zu erblicken ist. In keinem Wirtschaftszweig als gerade in der Landwirtschaft spielt das persönliche Element beim Arbeitsprozeß so eine große Rolle. Von der individuellen Beobachtung von Zeit- und Witterungsverhältnissen hängt bei Saat und Ernte der Erfolg geradezu ab. Daß der selbständige, für seinen eigenen Vorteil arbeitende Bauer mit ganz anderer Liebe an seiner Arbeit hängt, als der schlechtbezahlte Landarbeiter — besser Ackerklave —, ist nur natürlich.

Nicht Selbstbefriedigung, sondern eine Beherrschungsaktion ist durchzuführen. Eine durchgreifende Kolonisation, verbunden mit ausreichender Resorption, ist Bevölkerungs- und wirtschaftspolitisch zu verteidigen.“

Erfahrungen aus Mecklenburg-Strelitz.

Jeder, der der Landwirtschaft nicht nahesteht, behauptet, daß die Inflationsjahre ihre Glückszeit waren. Es ist jedoch ganz das Gegenteil richtig. Wohl waren es Jubeljahre der Besitzer, aber nicht der Betriebe. Die Schulden verschwanden zwar fast ganz, aber es war niemand da, der den für die Leistung Verantwortlichen sagte: „Nützt diese Zeit aus, baut, drainiert, stellt die Gräben-Systeme wieder her, schafft neue Ent- und Bewässerungsanlagen, kauft Maschinen, kauft den Boden, bringt ihn wieder in Kultur, lecht habt ihr die Mittel. Es kommen schlechtere Jahre!“ Nach der Inflation half man sich durch P. u. m. Die Vorkriegs wurden dadurch nur größer. Nur in manchen Fällen benutzte man diese Mittel zur Anschaffung von Vieh, zur Hebung der Einnahmen oder zu anderen Verbesserungen. Unbedingt mußte eine Misere zur Katastrophe führen. Dies konnte durch sehr trockene oder sehr nasse Witterung kommen. Letzteres ist schlimmer, da dadurch nicht nur die Frucht des einen Jahres vernichtet werden kann, sondern vor allem der Boden auf Jahre hinaus in seiner Ertragsfähigkeit herabgemindert wird. Heute sieht man vor der Laizade, daß die Betriebe sich nicht mehr halten können, und Hilfe vom Staat wird überall verlangt.

Es mag schon richtig sein, daß der Staat eingreift, denn Käufer sind nur sehr selten. Was für eine Garantie bieten aber die Landwirte dafür, daß diese Mittel in erster Linie zur Befestigung der

den Ertrag mindernden Hindernisse in Verwendung gebracht werden? Was hilft es der allgemeinen Volkswirtschaft, wenn persönliche Schulden dadurch abgedeckt werden, die Unproduktivität des Betriebes aber bestehen bleibt? Ein ungeheures Geschenk haben die Landwirte teilweise erhalten, ohne daß eine Gewähr über die Verwendung der Mittel gefordert wurde. Dort, wo dieses Geld hingebend wurde, hört man Klagen über ungerechte Verteilung. Der Kleinbesitz wurde fast gar nicht oder an anderen Stellen nur teilweise bedacht.

Der jetzt veräußerte und veräußerte Boden bringt keine Rente, das zugeleitete Geld aber langt nicht sehr weit. Hier hätte der Staat in erster Linie eingreifen sollen. Nicht Auszahlung der Mittel, sondern Vorbeugung gegen Wiedereintritt der Schäden in jeder Hinsicht und Durchführung jeder nur möglichen Hebung der Ertragsfähigkeit des Bodens und Erleichterung der Bewirtschaftung durch Schaffung von günstigen Begebenheiten, Freischaunen und Maschinen; ferner Anschaffung von guten Aussoolen und Zuchtvieh. Das wären die besseren Hilfsmittel gewesen. Jetzt wird es kommen, daß der Besitzer einen Teil seiner Schulden tilgt. Arbeiter entläßt und dann zur extensiven Wirtschaft zurückkehrt, um sich über Wasser zu halten.

Es kann nicht angehen, daß unfähige Landwirte vom Staat verlangen, daß er sie als solche erhält. Wer wird dafür sprechen, daß ein Beamter, Arbeiter oder Angestellter, der die ihm übertragene Stelle nicht ausfüllen kann, unbedingt dieselbe Stellung innebehalten muß? Die Volkswirtschaft kann sich an keiner Stelle, sei es wo es sei, den Luxus erlauben, Unfähigkeit zu unterstützen. Der Staat hat die unbedingte Pflicht der Landwirtschaft, nicht aber den Landwirten zu helfen.

Es ist Sache des Staates bei der jetzigen Lage der Landwirtschaft die für die gesamte Volkswirtschaft günstigsten Maßnahmen zu treffen und nicht einfach Gelder als Geschenke zuzuwenden. Begehrende Umgestaltung der Betriebe aus Gründen der Rentabilität muß in die Wege geleitet werden, wie es in der Industrie ganz von selbst geschieht ohne Eingreifen des Staates.“

Die Stimme aus der Grenzmark.

„Bis auf zwei Bauerngutsbesitzer meines Bekanntenkreises, die ein Leben führen, das über ihre Verhältnisse geht und die denn auch ziemlich hoch verschuldet sind, haben diese alle trotz der vom Landbund behaupteten Kollage seit der Einführung der Festmark zum Teil sehr bedeutende Ersparnisse und Anschaffungen gemacht. Der Aufwand, der bei Familienfestlichkeiten (Hochzeiten, Taufen, Beerdigungsfeiern usw.) getrieben wird, verursacht oft eine Ausgabe von circa 1500 bis 2000 Mark. Diese Zahlen sind mir, da ich zu verlässigen Feiern in der Regel eingeladen bin, von den jeweiligen Veranstaltern persönlich zugesprochen worden und dürften auch zutreffen... Die Leute hier sind ruhig und vernünftig. Sie geben selbst zu, daß es ihnen gut geht und denken nicht an Resonanz usw. Allerdings lassen sie sich in ihrer politisch größtenteils völligen Urteilslosigkeit von den landbündlerischen Großagrariern, deutschnationalen Drahtziehern usw. für deren Zwecke mißbrauchen. Bei Demonstrationen vor Finanzämtern usw. besteht z. B. der Brauch, daß von den großen Gütern Kraftwagen durch so viel Ortschaften fahren, bis der Wagen voll ist. Dann fährt er keine Kost in die Kreisstadt zur „Demonstration“.“

Aus dem Kreise Liebenwerda in der Lausitz.

„Der hiesige Kreis ist als Hundstürzel überbelundet. Der Boden ist im ganzen recht dürrig. Aber selbst hier ist es unberechtigt zu sagen, daß die Landwirtschaft völlig unlohnend und auf den Hund gekommen sei, wie das der Landbund allgemein ausposaunt. Im hiesigen Kreise werden ziemlich viel Neubauten errichtet. Aber von den Bauern Bauland zu bekommen hält in der Regel recht schwer. Denn die Bauern sagen, sie hätten keinen Grund, Land zu verkaufen, auch wenn es nur kleine Stücken sind. Das einzige worüber die Bauern hier klagen, sind zurzeit die niedrigen Schweinepreise. Aber auch da helfen sie sich dadurch etwas, daß sie die Schweine nicht an die Fleischer verkaufen, sondern sie selbst schlachten und das Fleisch verkaufen, um die große Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen auszugleichen.“

Und schließlich aus Niederschlesien.

„Der Landwirt als Erzeuger soll sich die erste Schmitte vom Brote abschneiden, er hat keinen leichten Beruf, aber er soll nicht überarbeiten und den Bogen zu straff spannen. Wenn es heißt, die Landwirtschaft bringt nichts, warum zahlt man da so hohe Preise für Pachtungen. In unserem Orte ist 1926 und 1927 je ein großes Dominium in kleinere Parzellen von 10, 60 und 80 Morgen Größe verpachtet worden an kleine und mittlere Landwirte, und dafür sind Preise von 24 M. durchschnittlich pro Morgen gezahlt worden. Das ist ein Widerspruch. Der Großagrariere als Besitzer kommt nicht zurecht, und die Pächter müssen bei solchen Preisen doch noch Ueberflüsse erzielen, denn umsonst arbeitet doch niemand.“

Leider hat der arbeitende Landwirt nicht soviel Zeit zum Lesen und Schreiben wie Präsidenten des Landbundes, des Landwirtschaftsrats und deutschnationale Abgeordnete. Diese wenigen Stimmen zeigen aber schon, daß die Bernunft auf dem Lande noch lange nicht so tot ist, wie es der Reichsbund und seine Hintermänner erscheinen lassen wollen.

richten der Industrie- und Handelskammern, wie aus den letzten Darstellungen des Reichsarbeitsblattes ergibt sich, daß der Rückgang in der industriellen Beschäftigung sehr viel geringer ist als es nach dem scharfen Ansteigen der Erwerbslosenziffern und dem späteren relativ sehr langsamen Abfallen derselben erscheinen möchte.

Hennigsdorf verdreifachte Umsätze.

Anhaltend gute Beschäftigung im neuen Jahr.

Der neue dividendenlose Abschluß des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es mit diesem Unternehmen im letzten Jahre stark bergauf gegangen ist. Jahrelang war die dauernde Existenzunsicherheit bei diesem Werk der Schrecken der Belegschaften. Von 1924 bis 1926, also drei lange Jahre folgten Neueinstellungen, Einschränkungen und Betriebsstillegungen in bündem Wechsel, ohne daß Arbeiter und Angestellte zur Ruhe kamen.

Mit der im Jahre 1926 durchgeführten finanziellen Sanierung, bei der das Kapital von 6 auf 2 Mill. Mark zusammengesetzt wurde und durch Wiederverhöhung auf 8 Mill. Mark neue Geldmittel hereinfließen, begann der Wiederaufbau der Gesellschaft. Er fand seine Fortsetzung in einer systematischen Umstellung und Rationalisierung der Betriebe, die bis jetzt angehalten hat. So wurde bei der allgemein schlechten Lage der Lokomotivindustrie die große Lokomotiv-Walzkategorie gänzlich stillgelegt, dagegen die Walzwerk- und Gießereibetriebe auf das modernste ausgebaut. So verfügt die Gesellschaft heute über drei große Einzelbetriebe, das Feinblechwalzwerk, die Stahlgießerei und Kleingußwerk.

Natürlich hat Hennigsdorf seinen kräftigen Aufschwung zum großen Teil der anhaltenden Eisenkonjunktur zu verdanken, die nach der Umstellung des Betriebs für das Werk gerade im richtigen Moment einsetzte. Bezeichnend für die Stärke dieser Konjunktur und die Aufnahmefähigkeit des hauptsächlich belieferten Inlandsmarktes ist, daß die Umsätze um 200 bis 250 Proz. gestiegen sind. Zur Zeit sind in den Betrieben etwa 2000 Arbeiter und über 150 Angestellte beschäftigt, während Anfang 1926 die Gesamtbeschäftigung auf etwa 450 Mann zusammengeschrumpft war.

Diese Besserung der Verhältnisse kommt auch in der Bilanz zum Ausdruck. So erhöhte sich die Betriebsgewinne von 1,4 auf 2,3 Mill. Mark, und der Reingewinn, der mit 8700 M. ausgewiesen wird, ist nur deswegen so niedrig gehalten, weil die Verwertung 780 000 M. vom Gewinn auf die Anlagen abfries. Daher beträgt der Buchwert der Anlagen auch nur 12,9 gegen 12,6 Mill. Mark im Vorjahr, obwohl über eine Million im Laufe des Jahres neu in die Werksanlagen gesteckt wurde. Da schon bei der Sanierung sehr hohe Abschreibungen auf die Anlagen stattgefunden hatten, sind hier zweifellos beträchtliche Reserven enthalten.

Auf der Generalversammlung stellte der Vorsitzende die Lage der Betriebe ziemlich günstig dar. In den bisherigen fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres seien die Anlagen annähernd voll ausgenutzt worden und die Betriebsergebnisse, also die Erlöse, hätten sich gegen 1927 noch gebessert. Wenn keine Störungen eintreten, könne mit einem guten Abschluß für 1928 gerechnet werden. Die Störungen scheint uns, könnte die Direktion in erster Linie vom Verband Berliner Metallindustriellen erwarten, dessen Befehl zur Aussperrung auch die Hennigsdorfer Verwaltung gehorcht hätte. Obwohl Hennigsdorf kaum ein halbes Duzend Werkzeugmacher hat, werden jetzt bei dem neuen Konflikt wiederum die Aussperrungspapiere für über 2000 Mann bereitgehalten: ein Beispiel für den Wahnsinn, den der BBR. scheinbar ernsthaft auszuführen gedenkt.

Es klappt nicht ganz bei Ford.

Das Produktionsprogramm nicht erreicht. — Fords Summuplantagen in Brasilien.

Nachdem Ford seinen neuen Wagen herausgebracht hat, sollte auch seine Produktion in Detroit wieder voll in Schwung kommen. Aber obwohl er Ende Februar bereits 3000 Wagen täglich produzieren wollte, hat die Produktion kaum 1000 Wagen erreicht. Die Verzögerung ergab sich in den Montagebetrieben und soll teilweise auf noch notwendig gewordene technische Verbesserungen, darunter auch der beanstandeten Bremsvorrichtungen zurückzuführen sein.

In Brasilien scheint Ford die eigene Summuproduktion, die er im Kampf gegen die Monopolpreise des englischen Summuplantals aufnehmen will, allmählich in Schwung zu bringen. In den zu erschließenden Gebieten sollen im Juni d. J. die erforderlichen Maschinen für den Straßenbau, die Summigung und die Verladung eintreffen.

Es kriecht bei der italienischen Siala Viscoia. Die Kunstleder-Gesellschaft Siala Viscoia ist für Italien daselbe wie Glanzstoff Barmberg für Deutschland und die Courtauld-Gesellschaft für England. Die enge internationale Arbeitsgemeinschaft der großen Kunstleder-Konzerne kommt auch darin zum Ausdruck, daß der deutsche Glanzstoffkonzern zusammen mit der englischen Courtauld-Gesellschaft die italienische Siala Viscoia mit der Majorität des 1 Milliarden Lire betragenden Aktienkapitals kontrollieren. Aber die italienische Tochter, die während der Präfektur außerordentlich stark sich erweitert hatte, scheint doch nach der Stabilisierung der Währung einige Umstellungsschwierigkeiten zu haben. Schon im Jahre 1926, wo noch 10 Proz. Dividende verteilt worden sind, wurde das Kapital einmal von 1000 auf 800 Millionen Lire herabgesetzt und durch Wiedererhöhung des Aktienkapitals auf eine Milliarde dem Betriebe neues Geld zugeführt. Im Jahre 1927 soll es noch den vorliegenden Meldungen so werden, daß die Siala Viscoia überhaupt ohne Dividende bleibt und dieselbe Kapitalherabsetzung und -erhöhung wie im Jahre 1926 wiederholt wird. Man wird daraus nicht schließen dürfen, daß die Siala Viscoia nichts verdient hat, aber offenbar drängen die deutsche und die englische Muttergesellschaft bei ihrer italienischen Tochter darauf, daß diese finanziell auf eine gesunde Grundlage gestellt wird, um später um so mehr einzubringen. Die deutschen und englischen Werke werden die Dividendenlosigkeit und der neue Kapitalchnitt allerdings einige Tränen kosten.

Wohnungsbau für Landarbeiter. Eine Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers bestimmt, daß in Zukunft verhältnismäßig auch der Wohnungsbau solcher ländlichen Handwerker aus Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge unterstützt werden kann, die in landwirtschaftlichen Betrieben tätig sind. Die Vergünstigung kommt nicht in Frage, wo die Arbeitskraft der ländlichen Handwerker zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse der Arbeitgeber in Anspruch genommen wird. Auch Bauarbeiten ländlicher Bauhandwerker können unterstützt werden, wenn sie vorzugsweise in landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten und Arbeitskräfte für die landwirtschaftlichen Saisonarbeiten stellen.

Zur Elektrifizierung Ostpreußens. Der Provinziallandtag beschloß eine Anleihe bis zur Höhe von 2 068 000 M. zur Elektrizitätsversorgung der Provinz Ostpreußen durch die Ostpreußenwerk-A.G. auszunehmen und den Provinzialauschuss zu ermächtigen, sich an einer Auslandsanleihe der Deutsche Landesbankzentrale A.-G. in Berlin im Rahmen dieses Beschlusses zu beteiligen. Ferner beschloß der Provinziallandtag, für eine von der Ostpreußenwerk-A.G. auszunehmende Auslandsanleihe bis zum Betrage von 5 Millionen Dollar gemeinsam mit der Vereinigte Industrie-Unternehmen-A.G. und der Preussischen Elektrizitäts-A.G. die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen.

Konsumvereine als Preisstegler. Es werden uns zwei Fälle bekannt, in denen unsere Konsumvereine beabsichtigte Preis erhöhungen verhindert haben. Im Januar wollte die Bäckereimasse in Zwickau das Bierpfundbrod von 88 auf 92 Pf. verteuern. Da der Konsumverein für Zwickau und Umgegen den mit 84 Pf. an sich schon niedrigen Preis für daselbe Bierpfundbrod nicht erhöhte, machte die Bäckereimasse ihren Beschluß wieder rückgängig und mußte sogar den bisherigen Preis von 88 auch auf 84 Pf. herabsetzen. — Im Bezirk des Konsumvereins Schoppeim-Jahna wurde die Antändigung von Briffetverkäufen zu 2,20 Mark pro Zentner dadurch unwirksam gemacht, daß der Konsumverein für 1,70 Mark den Zentner Briffets als abholungsbereit anbot. Daraufhin wurden die privaten Briffets ebenfalls zum gleichen Preise angeboten.

Eine braunschweigische Nehmillionen-Staatsanleihe wird nach amtlichen Meldungen von der Preussischen Staatsbank, der Braunschweigischen Staatsbank und der Deutschen Bank übernommen und aufreistet werden. Die Kapitalvernehmung durch die Staatliche Post ist hat auch hier dazu geführt, daß die Anleihe mit dem hohen Zinssatz von 8 Proz. ausgeschaltet und dabei noch zu einem Kurs von nur 94,75 Proz. aufgesetzt werden muß.

Neue Preussische für Ostpreußen. Da die Provinz Ostpreußen trotz dringender Ausgaben für bereits beschlossene Resoratorien und unerlässliche Regebaute große Schwierigkeiten beim Ausgleich des Provinzialhaushalts hat, beschloß das preussische Staatsministerium nach dem amtlichen preussischen Pressedienst einen Zuschuß von 1 Million M. zum Provinzialetat und ein befristetes Darlehen über eine weitere Million Mark auf die Dauer von 2 Jahren.

Kohlenpreiserhöhung auf Umwegen.

Der Märzabschlag um 1 Mark pro Tonne erfolgt nicht.

Wie wir erfahren, ist eine Erhöhung der Braunkohlenpreise auf Umwegen vom großen Ausschuss des Reichskohlenrats und des Reichskohlenverbands beschlossen worden. Nach der bisherigen Uebung war im März, um zur Eindeckung in ruhigeren Zeiten zu ermuntern, eine Preisentlastung für Briffets um 1 M. die Tonne fällig. Die Organe der Kohlenbewirtschaftung haben beschlossen, diese Ermäßigung in diesem Jahre nicht eintreten zu lassen. Damit erfolgt für die Verbraucher eine allgemeine Verteuerung und Mehrbelastung um 5 Pf. je Zentner. Was sagt der Reichswirtschaftsminister zu diesem Vorgehen?

Die Konjunktur noch nicht erschüttert.

Kürzlich hat die Deutsche Bank in ihrem Monatsbericht für Februar darauf hingewiesen, daß es für die Befürchtung einer Konjunkturwende noch durchaus an greifbaren Anzeichen fehle. Auch die Dresdner Bank sagt zur Wirtschaftslage im Monat Februar, daß das erreichte Konjunkturniveau sich im allgemeinen noch durchweg behauptet habe. Die Lage der Wirtschaft widerspreche keineswegs der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, da die absolute Höhe der Arbeitslosenziffer und ihr starkes Ansteigen in den vorhergehenden Monaten zum großen Teil auf statistische Momente zurückzuführen seien, d. h. in diesem Falle auf Änderungen in gesetzlichen Grundlagen der Erwerbslosenziffer.

In der Tat wird man diesem Mangel bei der Verwendung der Arbeitslosenziffern für die Beurteilung der Wirtschaftslage ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Denn auch aus den Be-

Reichstag für Pensionskürzungs-gesetz!

Sozialdemokratischer Antrag mit großer Mehrheit angenommen. — Versorgung der Kriegsoopfer.

Der Reichstag beriet gestern den Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter. Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung auf einen sozialdemokratischen Antrag hin, unverzüglich einen Gesetzentwurf über die Festsetzung einer Höchstpension und Regelung der Pensionskürzung bei hohen Arbeitseinkommen vorzulegen, ferner ein Pensionsgesetz für politische Beamte.

Abg. Rofmann (Soz.):

Der Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter weist im Vorschlag für 1928 eine Nettoausgabe von 1780 Millionen Mark auf. Das sind 42 Proz. der fortbauenden Ausgaben des Reichs nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Länder, der inneren Kriegslasten und der Reparationszahlungen. Auf die Versorgung der Kriegsoopfer entfallen von dieser Summe 1460 Millionen Mark. Nach der Anlage zum Pensionsfonds sind 1928 immer noch 795 000 Kriegeschadigte des alten Heeres zu versorgen. 1924 waren es nur 771 335. Unwährlieh schied die große Armee des Krieges von neuem Zehntausende in die Versorgung. Im ganzen sind rund 2 200 000 Menschen in der Versorgung.

Zum ersten Male hat dieser Etat im Haushaltsausschuss eine gründliche und ausgedehnte Behandlung erfahren. Der Inhalt der erörterten Debatten war eine einmalige Ueberraschung, die so weit ging, daß der deutsch-nationale Redner, Quapp, in diesen Summen stille Reserven vermutete und eine klare Durchleuchtung des Vorschlages forderte. Im Gegensatz hierzu glaube ich persönlich, daß die Zahlen im allgemeinen stimmen. Klein im letzten Jahre waren 150 000 Reuanträge zu erledigen. Die Beweiserhebungskosten müssen in diesem Jahre um 400 000 M. erhöht werden. Beim Reichs-versorgungsgericht liegen 40 000 Rekurse, bei den Versorgungsgerichten 80 000 Berufungen unerledigt. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Was soll geschehen, sagte im Ausschuss der Redner der Demokraten, wenn auch im Rechnungsjahr 1929 auf einmal 180 000 ehemalige Soldaten aufmarschieren, die Rente beanspruchen? Das könnte ja zu den unmöglichsten Folgen führen. Diese angstvolle Frage beleuchtet die ganze Situation. In vielen Köpfen lebt die Illusion, daß die Versorgung der Kriegsoopfer eine vorübergehende, rasch abklingende Sache sei, und in den Milliarden dieses Haushalts erblicken sie eine Art Apotheke, die für alle später auftretenden Beschwerden des Reichshaushalts die Rebitamente zu liefern habe. Diese Hoffnungen werden sich, wenn überhaupt, erst in vielen Jahren erfüllen. Eine radikale Verminderung der Rentenlast würde nur möglich sein:

1. Durch eine rigorose Verschärfung der Fristen für die Anmeldung des Anspruches.
2. Unterbindung jedes weiteren Ausbaues der Rentenversorgung.
3. Durch eine Verschärfung der fiskalischen Gesichtspunkte bei der Durchführung der bestehenden Gesetzgebung.

Die Art und Weise, wie im Haushaltsausschuss die Debatten geführt worden sind, führt, ohne daß ich den Rednern solche Absichten unterstellen möchte, ganz automatisch zur Unterstützung dieser Tendenzen, die ich namens meiner Fraktion mit aller Entschiedenheit ablehne.

Als Sozialist steht für uns auch hier im Mittelpunkt der Mensch und nicht das Geld. Der Mensch erst recht bei diesen armen und verdienten Menschen, die für den Bestand des Staates ihre Haut zu Markte getragen und ihr Glück geopfert haben und nun ohnehin sehr häufig den schmerzlichsten Enttäuschungen ausgefetzt sind. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Ich gehe noch weiter und spreche es mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit aus: Die Versorgung der Kriegsoopfer muß Geld kosten; sie darf nicht billig sein. Das Volk soll wissen, welche finanzielle Geißel auf ein Menschenalter hinaus auch hier der Krieg bedeutet, damit es mit Hoch und Abscheu gegen die Kräfte erfüllt wird, die wir als die intellektuellen und politischen Urheber dieses unglücklichen Elends erkannt haben. (Zustimmung b. d. Soz.) Hier gibt es nichts zu sparen, hier gibt es nur noch zu verbessern und gutzumachen.

Die Zivilversorgung ohne Post und selbstverständlich ohne Reichsbahn erfordert 110 bis 120 Millionen Mark. Für die Offiziere und Beamten der alten Wehrmacht sind 240 Millionen Mark erforderlich, und die neue Wehrmacht macht sich mit 53 Millionen Mark auch schon ganz nett. Wädhren Sie Ihren Sparplan, meine Herren vom Bürgerblod, der sich so oft an solchen Objekten erprobt, nicht einmal auf diese Dinge lenken? Die Rechte der Ruhestands- und Wartestandsbeamten sollen und dürfen nicht angetastet werden. Der Beamte und der Soldat der Wehrmacht, der der Republik und ihrem Volke jahrzehntelang treu und gewissenhaft gedient, hat keinen Anlaß, in der Sozialdemokratie einen Feind seiner Interessen zu sehen.

Wogegen wir uns wenden, ist die Maßlosigkeit nach oben, die im schreienden Widerspruch steht zu den schweren sozialen Nöten unseres Volkes. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Wir hatten bei der Besoldungsvorlage eine Höchstpension von 12 000 M. beantragt, wir wollten eine Kürzung der Pensionen, wenn das Privateinkommen neben der Pension etwa 6000 M. im Jahre übersteigt. Pensionen, die 3000 M. im Jahre nicht übersteigen, wollten wir grundsätzlich von der Kürzung freilassen. Sie, meine Herren vom Bürgerblod, denen eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 6 bis 8 M. als Rechtsanspruch so unerträglich erscheint, daß Sie für seine Beseitigung interpellieren, haben im Ausschuss und in diesem Hause gegen diesen Antrag gestimmt, als gelte es die heiligsten Güter der Nation zu verteidigen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Und gerade die Landbändler innerhalb und außerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, die die Landwirte draußen gegen die Bezüge der Beamten in der demagogischen Weise aufheben und davon sprechen, daß die Beamten den Staat aufkressen, haben hier im Hause gegen jede Kürzung der Pensionen gestimmt! (Stürmisches Höri, höri! links.) Die Bauernführer als Schützer der Pensionen, die mehr als 12 000 M. betragen, als Schützer ungekürzter Pensionen, auch wenn Zehntausende von Mark Privateinkommen fließen, das ist jedenfalls ein Bild, das manchem der von Ihnen aufgekesselten Bauern die Augen öffnen wird. Wir werden jedenfalls in den nächsten Wochen dafür sorgen, daß recht vielen der Eier gestochen wird. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Wie lange soll eigentlich der Anzug der Pensionszahlung für Pustschiffen noch fortbestehen? Traditionelle Hochverräter, wie Herr Ehrhardt, und Gelegenheitspustschiffe, wie Herr von Lütow, wagen es noch immer, den Fiskus mit Projekten zu überziehen. Deratschlagsvorschlüge und Vergleichsangebote werden gemacht. Meines Erachtens ist es eine ganz unwürdige Lage, in die durch solche Dinge die Republik und ihre Staatsautorität gebracht wird. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Vor einigen Monaten habe ich in diesem Hause den Fall des nationalsozialistischen Freibaumkneppers Graf in München mitgeteilt. Die Beachtung, die dieser Fall in der Öffentlichkeit gefunden hat, und die Ablehnungsvorlesung in der Hitler-Presse machen es nötig, ihn auch hier noch einmal kurz zu streifen. Graf war der Adjutant Hitlers. An seiner Seite machte er den berühmten Spaziergang am 9. November 1923 in München mit. Er wird an der Brust, am rechten Oberarm und an beiden Schenkeln durch Reichwehrgeschosse verletzt; er kommt ins Krankenhaus, stellt beim Versorgungsamt Antrag auf Versorgung, erhält darauf eine Gesamtrente von 60 Proz., dazu Krankenhausbehandlung und Arztkosten auf öffentliche Rechnung und die Vorteile des Schwerbeschädigtengesetzes. (Lebhafte Höri, höri! links.) Vor seiner Verwundung bezog Graf als Militärämterleiter lediglich eine Rente von 30 Proz. Diese Darstellung des Falles ist trotz gewisser Ablehnungsvorlesungen absolut unanfechtbar. Nun haben in der Sache zwei Verfahren stattgefunden. Ein vom Stadtrat München betriebenes Dienstentlassungsverfahren gegen Graf wegen Beteiligungs an hochverräterischen Umtrieben in München und ein Versorgungsverfahren. In diesen Verfahren hat die Regierung von Oberbayern eine höchst merkwürdige Rolle gespielt. In dem Dienstentlassungsverfahren vertrat — ich folge allerdings einer Darstellung des „Wörtlischen Beobachters“ —

die Regierung von Oberbayern den Standpunkt, daß Graf als Angehöriger der damaligen Kampfbünde zur militärischen Disziplin verpflichtet war, denn die damals hinter Hitler stehenden Verbände waren, so sagt die Regierung von Oberbayern wörtlich, „tatsächlich nach militärischen Grundsätzen ausgebildet und zu militärischem Gehorsam gegenüber ihren Führern verpflichtet“. (Höri, höri! bei den Soz.) Mit dieser Begründung, die also ein subjektives Verschulden Graf's verneint, wurde der Stadtrat München dazu verurteilt, die Dienstentlassung aufzuheben. Es wird also hier von der Regierung zugegeben, daß Graf in höchstem Maße aktiv an dem Putsch beteiligt war, ja daß er sich dieser Beteiligung aus Gründen der militärischen Disziplin gar nicht entziehen konnte. In dem Versorgungsverfahren dagegen hat das Versorgungsamt nach den Mitteilungen, die der Regierungsvertreter im Ausschuss gemacht hat, bei der Prüfung der Frage des Verschuldens angenommen, daß Graf nicht in die Hitler-Pläne eingeweiht gewesen sei, an dem Zug unbewußt teilgenommen habe und als Unbeteiligter anzusehen sei. Dieser Entscheidung des Versorgungsamts hat sich die Regierung von Oberbayern, die in dem anderen Verfahren höchste Beteiligung zugegeben und entschuldigt hat, angeschlossen, mit dem Effekt, daß der Staat Bayern die weiteren 30 Proz. Rente aus seiner Staatskasse zu zahlen hat.

Diese Stellungnahme einer Regierung, die die Witwe und die Waisen eines meuchlings gemordeten Ministerpräsidenten im Armenrecht um ihre Bezüge fragen läßt, fordert zu schärfster Kritik heraus. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Wenn man bedenkt, daß die Uebergangsgelder für die nicht untergeordneten Versorgungsämter 30 Millionen Mark im Jahre betragen, wird man die erhebliche finanzielle Bedeutung dieser Frage erkennen. Es ist reizend, meine Herren von der Rechten, wie Sie immer wieder versuchen, den Sorgen der Versorgungsämter mihihaltloslos Entschuldigungen abzugeben, an deren Erfüllung Sie selbst nicht denken. Wir haben das ja bei der Besoldungsvorlage erlebt. Schuppelizei und Reichswehr sind gleichermaßen an ihrer befriedigenden Lösung interessiert. Zunächst muß sich aber die Regierung selbst einmal über das Programm klar werden. Sie soll uns einwandfreies Material in Form einer Denkschrift vorlegen, die die Basis zu einer eingehenden Aussprache im Ausschuss abgeben kann, in der man versucht, sich über die Richtung des gefehgeberischen Vorgehens zu verständigen.

Die Anlage zum Reichshaushaltsplan zeigt, daß in der neuen Wehrmacht bereits 75 Offiziere im Range des Generalmajors, 37 Offiziere im Range des Generalleutnants und 15 Offiziere im Range des Generals pensioniert worden sind.

Es scheint aber auf diesem Gebiet doch nicht alles zu stimmen. Bei einigen Wochen ist der General Reinhardt pensioniert worden. Er ist erst 57 Jahre alt und auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit. Es wird erzählt, daß er lediglich in Pension gegangen sei damit der nächste Kamerad in seine Gehaltsbezüge einrücken kann. (Lebhafte Höri, höri! b. d. Soz.) Nach Ablauf von zwei Jahren soll aber auch der Nachfolger von Reinhardt ohne Rücksicht auf Alter und Leistungsfähigkeit in Pension gehen. Dann kommt nach Ablauf desselben Zeitraums der nächste dran. In der Marine erleben wir dieselbe Praxis. Wenn das so weiter geht, so haben wir in kurzer Zeit zehnmal soviel pensionierte Generale als aktive. Gegen diese eigenartige Pensionierungsmethode auf Kosten des Volkes legen wir Vermahrung ein. Sie paßt zu den schönen Reden von der Sparsamkeit, wie die Faust aufs Auge. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Cavert (Dnat.) erklärt, bei der notwendigen Neuregelung des gesamten Pensionsrechts werde zu erwägen sein, ob nicht eine Höchstgrenze für Pensionen festgesetzt werden könne. Aus grundsätzlichen Erwägungen sei aber die deutsch-nationale Fraktion gegen jeden Versuch einer Pensionskürzung. Eine solche Kürzung würde eine Verletzung der wohl-erworbenen Rechte sein. Das in der Ausschussentscheidung verlangte Pensionsgesetz für die politischen Beamten werde auch von den Deutschnationalen gewünscht.

Abg. Lude (Wirtsch. Bgg.) verlangt die Anrechnung der

4,3 MOSLEM-RAUCHER
VERSTÄRKTES VERBESSERTES QUALITÄTSMATERIAL!

WILLIAMS

Wartestandszeit der Beamten auf das pensionsfähige Dienstalter. Die übermäßig hohen Pensionen von Leuten, die daneben noch hohes Privateinkommen haben, seien untragbar und wirkten in der Zeit der allgemeinen Notlage des Volkes besonders erbitternd auf den schwer um seine Existenz ringenden städtischen und ländlichen Mittelstand. Wenn die Pension 12.000 M. übersteigt, dann sei eine Kürzung wohl am Platze.

Abg. Erling (Z.) erklärt, seine Fraktion wolle nicht die wohl-erworbenen Rechte der Beamten antasten; aber die Auswüchse und Mißbräuche im Pensionswesen müßten beseitigt werden.

Leider habe die Regierung trotz des wiederholten Verlangens des Zentrums nicht das Pensionsgesetz für politische Beamte vorgelegt.

Nach das Zentrum sei nicht für die dauernde Aufrechterhaltung von Pensionen, die 20.000 M. und mehr betragen.

Abg. Bräunighaus (D. Vp.) erklärt: Eigentümlich habe er behauptet, daß Herr Lude von der Wirtschaftspartei die Pensionserhöhungen als zu gering bezeichnete, während gerade die Wirtschaftspartei bei der Beförderungsregelung auch die kleinste Verbesserung abgelehnt habe. (Hört! hört! rechts.) Ein Pensionsgesetz für politische Beamte müsse bald kommen. Unerschütterlich sei die bisherige Regelung, daß pensionierte Offiziere verhindert werden, mehr zu verdienen, als ihr Gehalt betragen würde, wenn sie noch im Amt wären!

Abg. Brodau (Dem.): Der Entschluß, die ein Pensionsgesetz für politische Beamte fordert, stimmt die demokratische Fraktion zu; sie habe schon vor Jahresfrist ein Ministerpensionsgesetz gefordert, das damals vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen abgelehnt wurde, während es heute vom Zentrum und der Wirtschaftspartei dringend verlangt werde. Bei den Deutschnationalen sei es in dieser Beziehung jetzt, nach ihrer eigenen Beteiligung an der Regierung, still geworden. Dazu mag wohl auch jene Denkschrift beigetragen haben, die feststellt,

daß von den bisherigen Ministern Pension beziehen: alle drei bayerischen Volksparteiler und alle sechs Zentrumsminister; dagegen erhalten von den acht bisherigen demokratischen Ministern nur vier Pension und von den vierzehn sozialdemokratischen nur drei.

Einem deutschnationalen Minister habe man eine Pension von 17.000 M. errechnet, indem das Reichsfinanzministerium die zehn Leutnantsjahre dieses Herrn bei der Berechnung zu Hilfe nahm. Andere bekannte Parteimitglieder bekamen hohe Staatsbezüge, nur, weil sie sechs bis sieben Wochen Staatssekretäre in der Reichsregierung waren. (Hört! hört! bei den Demokraten.) In der Öffentlichkeit verstärkte sich daher immermehr der Eindruck, daß man in Deutschland bei der Regelung der Staatspensionen jedenfalls nach oben hin zu freigebig ist. Dringlich sei die Neuregelung der Ministerpensionen, das auch die Pensionserhöhungen bei hohem Arbeitseinkommen regelt. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) verlangt noch weitere Erhöhung der Bezüge der Kriegssopler und Streichung der Generals-, Admirals- und Ministerpensionen.

Ein völkischer Provokateur.

Abg. Dr. Fick (Nat.-Soz.) erklärt, die Pensionierung parlamentarischer Minister gebe es nur in Deutschland, aber sonst in keinem parlamentarisch regierten Staat; sie sei ein ungeheurer Skandal. In der Presse laute schon der Wunsch nach einer Pension für Reichstagsabgeordnete auf. Eine Pensionsgrenze von 12.000 M. sei nicht unbillig. Der Fall des ehrenhaften Kriegsbefähigten Graf sei von den Regierungsoberleitern im Ausschuss vollständig ausgeklammert worden. Man dürfe jedenfalls diesen Mann nicht in einem Atem nennen mit jüdischen Literaten wie Eisner oder Männern wie Czuberger und Rathenau. (Graf hat Bar mit links; Raife: Schult! Leichenhäuser!)

Präsident Lohde erwidert dem Redner, nicht Ausführungen zu machen, die gerügt werden müssen, und erklärt weiter: Im Vorkriegsausschuss ist niemals über eine Pensionierung der Reichstagsabgeordneten verhandelt worden.

Abg. Knoll (Z.): Es gehört viel dazu, wenn hier ein Abgeordneter Verfordere und Emdornde beleidigt, die sich zweifellos um das Wohl des Vaterlandes große Verdienste erworben haben. (Lebhaftige Zustimmung im Zentrum, bei den Soz. und bei den Dem.) Damit ist wohl der Hinweis des Abg. Fick genügend gekennzeichnet. (Sehr gut! im Zentrum; Zuruf bei den Völk.: Reblich.) Für die Kriegsbefähigten ist gerade in den letzten Jahren sehr Großes geleistet worden; was Rohmann früher verlangte, ist fast voll durchgeführt. (Hört, hört! im Zentrum.)

Abg. v. Ramin (Völk.) ist mit Pensionserhöhungen einverstanden.

Noch ein Zwischenfall.

Abg. Colbit (Bayer. Vp.): Die bürgerlichen Parteien haben alles für die Kriegsbefähigten getan, was überhaupt möglich war. Für weitergehende Anträge hat auch der Sozialdemokrat Keil im Ausschuss keine Deckungsvorschläge machen können. Die gegenwärtige Versorgung ist in den weitaus meisten Fällen besser als die nach dem alten Mannschaffsverordnungsgezet.

Bei diesen Worten des Redners erhebt sich auf der Publikumstribüne ein Mann in grüner Toppe und Hemd mit Schillerfragen, das Gesicht von dichtem Vollbart umrahmt; er schüttelt die Häute und rukt in den Saal hinein:

„Wann werdet ihr mir meine Kriegsbefähigtenrente geben? Wie lange soll ich noch warten? Ich werde euch versuchen, wenn ihr uns nicht unsere Rente gebt.“

Der Mann wird, ohne daß er Widerstand leistet, von der Publikumstribüne geführt.

Abg. Colbit (fortfahrend): Solche Zustufe sind eine Folge der verheerenden Tätigkeit, die wir leider im Lande draußen beobachten müssen. (Wärmender Widerspruch bei den Kommunisten und Zuruf: Sie gerade haben die Kriegsbefähigten belogen und betrogen!)

Abg. Rohmann (Soz.) weist die Unterstellung, daß der Vorfall auf der Tribüne auf verheerende Agitation seiner Worte zurückzuführen sei, mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall bei den Soz.) Der Redner wendet sich ferner gegen die Angriffe der übrigen Vorredner. Der Völkischer Graf sei kein Kriegsbefähigter, sondern er habe eine Kapitulantenrente von 30 Proz. bekommen. Damit schließt die Aussprache.

Die Anträge und Entschlüsse der Kommunisten, Demokraten und Nationalsozialisten werden abgelehnt.

Die Abstimmungen.

Der Teil der Ausschusssitzung, der ein Gesetz über Festsetzung einer Höchstpension und Regelung der Pensionserhöhung bei hohen Arbeitseinkommen forderte, wird in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 120 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Dagegen haben die Deutschnationalen, die Deutsche und Bayerische Volkspartei gestimmt.

Angenommen wird auch der Teil der Entschlüsse, in dem ein Pensionsgesetz für politische Beamte gefordert wird. Die weiteren Ausschusssitzungen auf Behältnisse für die alten Veteranen und auf vermehrte Einstellung Versorgungsberechtigter bei den Reichsbehörden werden gleichfalls angenommen. Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wird der Versorgungsetat bewilligt.

Um 18½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Landwirtschaftsetat.

Schiedspruch in der Kanalschiffahrt.

Mäßige Lohnzulagen.

Im Lohnstreik der westdeutschen Kanalschiffahrt ist am Dienstag ein Schiedspruch gefällt worden, der den Gehalts- und Lohnsachverhalt vom 1. März 1927 mit einer Reihe von Änderungen wieder in Kraft setzt. Die Gehalts- und Lohnsachverhalte vom 1. März 1927 erhöht sich für die Zeit bis zum 30. September 1928 für Kapitäne und Maschinisten um 11 Prozent, für das übrige Personal um 4 Prozent und für die Zeit ab 1. Oktober 1928 für alle Gehalts- und Lohnempfänger um weitere zwei Prozent. Die Prämien für Kapitäne, Schiffsführer und Maschinisten kommen in Fortfall. Die Neuregelung tritt vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an in Kraft. Sie ist erstmalig am 1. März 1929 mit einmonatiger Frist kündbar. Die Arbeit ist so bald wie möglich wieder aufzunehmen. Die Arbeitnehmer sind, sobald und soweit die Betriebsmöglichkeiten es gestatten, wieder einzustellen. Läden, Böden, Ueberdächer, Leichten, Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an Fahrzeugen, soweit sie in üblicher Weise von Schiffseuten ausgeführt werden, sowie Fahrten gilt als Inbetriebnahme des Fahrzeuges und bedingt die Wiederaufnahme der Arbeit bzw. die Wiedereinstellung. Maßnahmen aus Anlaß des Streiks oder der Aussperrung finden nicht statt. Die Wiedereinstellung bewirkt, daß das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen im Sinne des Tarifvertrages gilt. — Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft bis 7. März einschließlich.

Rundgebung der arbeitenden Jugend!

Freitag, 2. März, 20 Uhr, Stadthalle Klosterstr.

Jugend — Schule — Familie Krank-Prozeß — Was nun?

Es sprechen: Dr. Hildeg. Wegscheider, N. d. L., Studiendirektor

Dr. Karlen, Reutöfen, Stadtdiary Dr. Löwenstein, Lichtenberg.

Sozialist. Arbeiterjugend Gr. Berlin / Jungsozialist. Vereinigung Gr. Berlin / Vereinigung sozialdem. Studierender Gr. Berlin.

Die Berliner Gemeindearbeiter 1927.

Erfolge ihrer Organisation.

Die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat im Jahre 1927 einen glänzenden Aufstieg genommen, was aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, der der Generalversammlung vorgelegt wurde. Das Berichtsjahr schloß für die Berliner Ortsverwaltung mit einer Zunahme von 3498 Mitgliedern ab, so daß die Organisation am Jahreschluß 31.058 Mitglieder zählte. Ebenso gut haben sich auch die Verhältnisse der Ortsverwaltung entwickelt. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 232.731 M. auf, gegen den Vorjahr 63.444 M. mehr. Nicht zuletzt durch die Unterstützung der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gelang es der Organisation, für ihre Mitglieder im Berichtsjahre nennenswerte Lohnerhöhungen zu erzielen.

Die Lohnerhöhungen betragen für etwa 40.000 Beschäftigte rund 23.000 M. pro Woche. Die Organisation wird auch in diesem Frühjahr, wie der Benennungsteil der Generalversammlung verstand, alles daran setzen, das Lohnniveau der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter höher zu bringen. Trotz der erfolgreichen Tätigkeit der Ortsverwaltung wurde von der sogenannten „Opposition“ versucht, an ihrer Geschäftsführung Kritik zu üben. Der Ruslandfahrer Bilders wandte sich gegen die Beschlüsse des Vorstandes der 3. Arbeiterdelegation, Genossen Bloch, die von der Amsterdamer Fraktion herausgegeben worden ist und in der den Kommunisten unangenehme Wahrheiten gesagt werden.

Ein weiterer Redner der Opposition verstieg sich zu der gemeinen Verleumdung, die Amsterdamer Fraktion werde von Geldern der Organisation unterhalten. Er forderte die Versammlung auf, aus diesem Grunde dem Kassierer die Entlastung zu verweigern.

Sowohl die Diskussionsredner der Amsterdamer Richtung als auch Polenske und der Kassierer Zielmann blieben den Demagogien und Ehrabschneidern die Antwort nicht schuldig. Einige Anträge der „Opposition“, in denen u. a. verlangt wurde, die Ortsverwaltungsmitglieder durch Urwahl nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen, wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Darauf stellte die „Opposition“ für einzelne von der erweiterten Verwaltung vorgeschlagene Kandidaten zur Ortsverwaltung vorgelegene Kandidaten auf. Die von der erweiterten Ortsverwaltung vorgeschlagenen Kandidaten waren die bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung. Als Antwort auf die Attacke der „Opposition“ wurde von der Amsterdamer Richtung an Stelle des einzigen kommunistischen Mitgliedes der Ortsverwaltung, Lorange, der Genosse Kammermeier vorgeschlagen und auch mit übergroßer Mehrheit gewählt. Die Vorschläge der „Opposition“ wurden alle mit großer Mehrheit abgelehnt. Durch ihre „revolutionäre“ Taktik haben die Kommunisten ihren einzigen Vertreter in der Ortsverwaltung ausgehohlet.

Die Versammlung beschloß ferner, daß sich in nächster Zeit eine Funktionärskonferenz mit der Frage der Kündigung der Tarife für die Arbeiter der Kammerbetriebe und der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe beschäftigen soll. Einstimmig angenommen wurde eine von Polenske eingebrachte Entschließung, in der gegen den Mißbrauch der Verbindlichkeitsklärung Stellung genommen wird, und in der verlangt wird, daß keine Verbindlichkeitsklärung ausgeprochen werden soll, wenn ein Schiedspruch von beiden Parteien abgelehnt wird.

Rechtsfragen der Arbeitslosenversicherung.

Das Reichsoberversicherungsamt hat am 21. Februar zum ersten Male in einer Spruchsammlung über grundsätzliche Streitfragen nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entschieden. In der ersten Sitzung wurden sechs Fälle erledigt. Aus den grundsätzlichen Entscheidungen ist folgendes hervorzuheben:

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung wird bestimmt nach § 104 des Gesetzes nach dem Arbeitsentgelt. Grundsätzlich wurde entschieden, daß die nach § 103 zu zahlende Arbeitslosenunterstützung auch dann entsprechend dem tatsächlich durchschnittlich erzielten Arbeitsentgelt zu zahlen ist, wenn niedrigere Beiträge gezahlt wurden.

Arbeitslose, die bei Inkrasttreten des Gesetzes Erwerbslosen- oder Krisenunterstützung bezogen, behielten ihren bisherigen Anspruch. Besondere Beachtung fand die Entscheidung des Reichsoberversicherungsamtes, daß die Arbeitslosenunterstützung vorübergehend in einer Arbeitsstelle, dann regelt sich der Anspruch lediglich nach dem neuen Gesetz.

Das hat natürlich viele Härten im Gefolge gehabt. In einem Falle hatte ein Arbeiter bereits 37½ Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen, keine Krisenunterstützung. Dann hatte er für vier Wochen Beschäftigung, die am 10. Oktober beendet war. Seine Bezugsdauer war vorher ab 52 Wochen Erwerbslosenunterstützung

festgesetzt. Wäre er bei Inkrasttreten des Gesetzes noch arbeitslos gewesen, hätte er noch 14½ Wochen Arbeitslosenunterstützung bis zur Gesamtdauer von 52 Wochen beziehen können, anschließend auch noch Krisenunterstützung. Durch die Unterbrechung des Bezuges waren nun seine Ansprüche lediglich nach dem neuen Gesetz zu beurteilen. Danach beträgt aber die Unterstützungsdauer nur 26 Wochen. Da bereits mehr als 26 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen war und diese mit der Arbeitslosenunterstützung neuer Rechts gleichsetzt, war der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht gegeben. Die Voraussetzungen für die Gewährung von Krisenunterstützung waren vom Spruchauschuss des Reichsoberversicherungsamtes anerkannt worden. Gegen die Stimme des Reichsoberversicherungsamtes war entschieden worden, daß auf die Unterstützungsdauer der Krisenunterstützung 11½ Wochen Bezugsdauer anzurechnen seien, weil soziale Wochen mehr Erwerbslosenunterstützung bezogen wurde. Dagegen hatte der Arbeitnehmerbevollmächtigte gestimmt, der nun die Spruchkammer des Landesamtes anrief.

Diese stellte sich auf den Standpunkt, daß Erwerbslosenunterstützung auf Grund der Erwerbslosenfürsorge nicht auf den Bezug der Krisenunterstützung angerechnet werden könne, da nach § 242 Erwerbslosenunterstützung mit der Arbeitslosenunterstützung gleichsetzt. Die Sache wurde zur grundsätzlichen Entscheidung an das Reichsoberversicherungsamt abgegeben, das die Rechtsauffassung der Spruchkammer des Landesamtes bestätigte.

Reichsfachkonferenz des ZDA.

Der Zentralverband der Angestellten hatte am Sonntag, dem 26. Februar, eine gemeinsame Sitzung der Reichsfachkonferenz, Bau- und Holzgewerbe, Glas- und keramische Industrie, eintreten. Zur Beratung standen u. a. folgende Punkte: Der Reichstarif für das Baugewerbe, die Tarife im Holzgewerbe, in der Glas- und keramischen Industrie, die Arbeitsbedingungen in den sozialen Baubetrieben, Rückblick und Ausblick auf die soziale Gesetzgebung und ferner die Werbearbeit.

Den Bericht über das Baugewerbe erstattete Frömel; über die anderen Fachgruppen sowie über die soziale Gesetzgebung sprach Suder. Die Werbearbeit wurde von Rogon behandelt. In der Aussprache wurde die Arbeit der Reichsfachgruppenleitung anerkannt. Wertvolle Hinweise und Anregungen wurden dafür gegeben, welche Mittel und Wege anzuwenden sind, um unter der Rücksicht der vertretenen Branchen noch festeren Fuß zu fassen.

„Ruhiger werden, Herr Bloch!“

In einem alten Sassenhauer hieß es: „Berl' doch dem Schuster den Stiefel an den Ropp — aber nicht so grob.“ Wenn aber ein Schuhfabrikant einem Arbeiter droht: „Rensch, ich schlage Sie mit dem Beissen den Schädel entzwei“, dann hört die Gemütslichkeit auf und die Brutalität beginnt.

Herr Michael Bloch in Firma Schuhfabrik Michael Bloch u. Co., Berlin, Blumenstr. 45, brachte kürzlich einem Arbeiter ein paar Schuhe, die er ihm zur Verfügung stellte, da er sie entzwei gemacht habe. Der Arbeiter wehrte sich gegen die Beschädigung und die Zumutung, die Schuhe zu behalten, d. h. sie zu bezahlen. Als er dem Herrn Bloch klar machen wollte, daß die Beschädigung der Schuhe nicht von ihm herrührte, verlor Herr Bloch die Fassung und wollte sich vor Wut auf den Arbeiter stürzen. Der Rest des Fabrikanten hinderte Herrn Bloch daran. Da der Arbeiter sich weiter mit Worten zu rechtfertigen suchte, ging der Chef erneut auf ihn los und ließ sich zu der erwähnten Drohung hinreißen. Außer dem Resten mußten einige Arbeiter dazwischenreten, um den Bedrohten vor dem wild gewordenen Unternehmer zu schützen. Der Arbeiter, der seit 1½ Jahren bei der Firma beschäftigt war, wurde entlassen und ihm von seinem Lohn 14 Mark für die angeblich von ihm beschädigten Schuhe einbehalten.

Ähnliche Fälle sollen sich schon wiederholt in diesem Betriebe mit dem „temperamentvollen“ Chef ereignet haben. Die Arbeiterschaft bei Bloch u. Co. ist offenbar nicht gehörig organisiert, sonst hätte sie dem Herrn Michael Bloch seine schlechten Manieren schon längst abgewöhnt. Kann er keine ruhige Auseinandersetzung führen, dann muß er dies dem Arbeitsgericht überlassen.

Verhandlungen im böhmischen Bergbauareal.

Ein neuer Vorschlag der Regierung.

Prag, 28. Februar. (Eigenbericht.) Heute nachmittags wurden die Verhandlungen im Arbeitsministerium zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks fortgesetzt. Die Unternehmern machten neue Vorschläge, die jedoch keine Aussicht auf Annahme durch die Bergarbeiter haben. Dann stellte der Regierungsvertreter einen neuen Vorschlag zur Diskussion: eine feste Erhöhung der Löhne um 5 Proz. vorzunehmen und die ursprünglich vorgeschlagene Förderungsprämie erst bei Mehrleistungen über den Durchschnitt des letzten Jahres hinaus in Kraft zu setzen. Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen sind morgen nach Prag berufen worden, um zu diesem neuen Vorschlag Stellung zu nehmen. Nachmittags wird die Aussprache im Arbeitsministerium fortgesetzt werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seebachstr. 37/38, 2. Etz. Kreisverband (Ostpreußen): Mittwoch, 29. Februar, Abends 8 Uhr, Kriegerdenkmal, Preußenstr. 1. Kreisverband (Westpreußen): 30. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136.

Deutscher Esperanto-Bund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 1. März, 9 Uhr, Kriegerdenkmal, Preußenstr. 1. Kreisverband (Westpreußen): 30. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136. Kreisverband (Sachsen): 1. März, 9 Uhr, im Hotel „Europa“, Berlin, Unter den Eichen 136.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 29. 1. 28. Staats-Oper im Pl. d. Repub. 7 1/2 Uhr Cavalleria rufficana - Bajazz!	Mittwoch, 29. 1. 28. Städtische Oper Bismarckstr. V. - Jus. B. Ad. 7. 7 1/2 Uhr Trouba- dour
tatzt. Schauspiel. in Reformhaus 8 Uhr Der Kaufmann von Venedig	Staatl. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr Wozzek

Grosses Schauspielhaus
Anfang 8 Uhr
Ende 11 Uhr
**REGIE:
CHARELL**
**DONDADOUR
MASSARY**
Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

**8 UHR
SCALA**
Nollensons Revue
Albertina Rasch-Girls
im Rahmen des großen
Variété-Programms!

**Komische
8 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr
James Klein's
gewaltiges neues
Revue-Stück:
Zieh'
dich aus!**
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbrochen.

Volksbühne
Theater am Schlossplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Mann ist Mann **Schieber
des Ruhms**

**Winter
8 Uhr Garten**
Leiztes Auftreten
Freddy Rich
m. seinen 14 unerreicht. Künstlern
Hierzu das große Variété-Prgr.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37.
Die spanische Fliege.
Ab 7. März: **Doktor Klaus.**
Gutschein: Faust 1.10, Sess. 1.50 M.

Parade-Theater
Th. Königgrätz Str.
Bergm. 2110.
8 1/2 Uhr
Flucht
von Joh. Schwanke
Regie: Tsch. Janovsky

Sally-Theater
Dix. & Künstler - Th.
8 Uhr
„Evelyne“
Jessing-Theater
8 Uhr
„Rose Bernd“

Komödienhaus
Norden 6304.
8.15-10.40 Uhr
Hokuspokus
von Curt Götz

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
**Erika Gläuser in
Gretchen**
Für Jugendliche
nicht geeignet

Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
Täglich 8 1/2 Uhr
Das
Absteigequartier
Schwank in 3 Akten
Jugendliche keine Zutritt!

Rose-Theater
Gr. Frankl.-Str. 132.
8 1/2 Uhr
Der Flegler
Th. im Admiralspalais
Tägl. 8 1/2 Uhr

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Guido Thielscher
**„Unter
Geschäftsaufsicht“**

**HALLER-
REVUE**
„Wann und wo“
Metropol-Th.
Zentrum 125 24
8 1/2 Uhr

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr
Letzte Vorstellung:
Frühling am Rhein
Morgen 8 1/2 Uhr
Erstaufführung
Schule der Liebe
Schwank in 3 Akten.
Für Jugendl. verb.

Plannetarium am Zoo
Friedrichshagen
Noth. 1978
19 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr
**Sternhimmel und
Kalender**
Eintritt 1 M.
Wieder auf. 15. Februar 8.30 1/2.

Thalia-Theater
Dresdnerstr. 72/73
8 U.: **Das Kamel geht
durch das Nadelöhr**

Stellenangebote!
finden im Verwirts-
bestenBeachtung!

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
„Noltes Wochenende“
nachm. ermäß. Preise.
Oehhoff-Brettli
Variété - Kabarett
Tanz.

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 8 Uhr
Elite-Sänger
Februar in großer Form.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Große Familien-Vorstellung
(ungekürzt).
volkspr. 0,40, 0,75, 1,-, 1,25, 1,50, 1,75 Mk.

NEUE WELT
Arnold Scholz, Hasenheide 108. 1.
Täglich:
Großes Bockbierfest

in den bayr. Alpen
7 Kapellen - Neue Dekorat. - 30 bayr. Madeln
Donnerstags: Gr. Schweineschlachten.



Tradition
**im Sinne
des Begründers.**

Theodor David, der Begründer des Schuhhofes, hat Zeit seines Lebens danach gestrebt, aus seinem Unternehmen Volksschuhhäuser im wahrensten Sinne des Wortes zu machen. Weitesten Kreisen der Bevölkerung ist es daher seit Jahren bekannt, daß man im Schuhhof, entsprechend dem Zwange seines Geschäftsprinzips, am günstigsten seinen Bedarf in Schuhwaren decken kann. Das heutige Angebot setzt diese Tradition fort. Wenn alle wüßten, wie billig wir sind, würde man nur noch bei uns kaufen.

Braune Spangenschuhe 9⁸⁵
für Damen, hübsche mittelbraune Farbe, amerikanischer Blockabsatz, gute Verarbeitung . . . M.

Kreppsohlen-Herrenschuhe 16⁹⁰
braun und schwarz, moderne Form, kräftige Ausführung, weiß gedoppelt . . . M.

Randgenähte Spangenschuhe 12⁸⁵
für Damen, prima schwarz Doxal, englischer Absatz, der moderne Treppenrind . . . M.

Lack-Herrenschuhe 14⁹⁰
weiß gedoppelt, halbspitze Form, prima Verarbeitung, elegantes Modell . . . M.



SCHUHHOF
Berlin W. 9, Linkstr. 11
Charl. Wilmsdorferstr. 117
Spandau, Breitestrasse 22

Erklärung.
Hierdurch erkläre ich, daß ich die gegen den Gewerkschaftsverband des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angehörigen beantragte Handlungswerte auf eine harte Erregung zurückführe und die Vorgänge auf das Schicksal der Handlungswerte in eigenem Interesse beruhen.
Paul Proff
Restaurant „Zum D-Tag“
Hohenzollernstr. 57

Gegen rote Hände
und unedle Hautfarbe verwendet man am besten die feinste weisse **Crema Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene milde Weiche verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unflüchtige **Randcreme** wunderbar kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für puder ist. Der nachhaltige Duft dieser **Crema** gleicht einem würdlich gepflanzten **Frühlingsstrauch** von Weiden, Weidenblüthen und **Blüthen**, ohne jenen berüchtigten **Nußgeruch**, den die vornehmste Welt verabscheut. - Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mk. - In allen **Thorbomben-Verkaufsstellen** zu haben. - Bei direkter Einlieferung dieses Inzerates als Drucksache mit genauer und deutlich gezeichneten **Abdruckadresse** auf dem Umschlag erhalten Sie eine **keine Probeportion** tabellen **überjährt** durch **Leo-Werte** G. G., Dresden 8. 6.

Maßtaufträge
übernimmt man nur dem **Rechnerte** des **Deutschen Schuhmacherbundes**, Berlin, Kommandantenstr. 63/64, **Telefon** 3277-78
Berichtsjahr 9-8, Sonntags 10-2 Uhr
Auf Wunsch: **Bestenreue**.



Renaissance-Theater
Steinplatz 901.
8.10 Uhr **Coeur Bube.**

Deutsches Theater
Norden 12 310
Abonnementsbüro:
Norden 10 330-39,
8 1/2 U., Ende nach 10
Zwölftausend

Kammerspiele
Norden 12 310
8 1/2 U., Ende nach 10
**Finden Sie, daß
Constance sich richtig
verhält?**

Die Komödie
Bismarck 2414/2516
8 1/2 U., Ende 10 1/2 U.
Zum 25. Male:
Marcel Fradelin
(Der Eunuch)

Berliner Theater
Direktion Kuhnert,
Charlottenstr. 30-31, Stab. 110
8 1/2 Uhr
Max Adalbert
als
Der Herr von . . .

Piscatorbühne
Theat. a. Kallendorfsplatz
Kurfürst 2091/93
Anf. 8. Ende geg. 11
**Die Abenteuer des
braven Soldaten
Schwejk**
mit Max Pallenberg
insc. Erwin Piscator

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
**Mündhausens
letzte Liebe**
Wirt, Hoffmann,
Jensen, Gille, Albu

**CIRCUS
BYSSH**
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Das gr.
Circusprogramm
der Saison!
1. März: Premiere
Wasser-Schaust.
**Die Hosen des
Herrn v. Brodow**

Im neuen Gewande
Frauenwelt
Eine Halbmonatschrift



Aus dem Inhalt der Nr. 5
Dr. Hilde Wegscheider, Der Scheller-Krantz-Prozess
Einschulungsfragen - Fr. Weigelt
Über Wohnungseinteilung - Irene Frank
Der blühende Schleier - Edgar Hahnwaldt
Ein Kindermärchen - Robert Grötsch

Aus dem Inhalt der Nr. 6 und 7
Wilhelm Hansenstein über Dürer
Zum 60. Geburtstag von Maxim Gorki
Frauengestalten der französischen Revolution
Geschichte des Spielzeugs
Anna Siemsen über Blasco Ibanes
Lustspiel aus dem Sowjetrussischen, von Klumbund
Preis des Heftes 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 40 Pf.

Bestellungen nehmen entgegen alle Volksbuchhandlungen,
Bahnhofs- und Zeitungskioske, Kolporteurs, Postanstalten
oder der Verlag **J. N. W. DIETZ NACHF.**, Berlin SW 68

Gewinnziehung
8. Klasse 30. Preußisch-Gödeutsche Klassen-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne
gefallen, und zwar je einer auf die Kufe gleicher Nummer
in den beiden Abteilungen I und II

17. Ziehungstag 27. Februar 1928
An der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen
6 Gewinne zu 5000 M. 224084 234553 252038
6 Gewinne zu 3000 M. 231692 356648 381244
14 Gewinne zu 2000 M. 25279 70520 145604 168014 248802 269258
339601
20 Gewinne zu 1000 M. 12817 16049 98384 235586 245060 246190
253618 276615 323732 351683
65 Gewinne zu 500 M. 8207 15247 17592 19111 20839 29655 32726
35628 39378 47916 66306 76491 95200 95472 143189 148479 152114
16 469 183800 164454 170491 176142 177189 193307 197910 198070
21 0630 232583 237310 242055 253685 256011 259472 270294 303524
325404 332682 344840 345545 351557 358171 360310 389320
174 Gewinne zu 300 M. 2192 7751 9675 14957 14957 27528 41001
48141 52729 56581 64818 67612 74634 79740 88274 89680 90544
96871 98720 97581 100973 102287 107436 118289 114905 124222
130793 132046 142944 144885 150104 153361 168289 168672 173428
182276 184542 189771 208334 202084 203714 204719 205528 207547
21 2784 21 3380 21 4788 21 0656 22 3703 23 1051 23 2688 23 3181 23 3988
24 2784 24 2782 25 1203 25 4825 25 5018 25 7292 26 3861 27 4887 28 0102
28 2782 28 2782 28 831 29 0637 29 1943 29 2416 30 0828 30 5401 30 6488
31 7995 31 4762 32 1370 32 1859 32 5233 33 5957 34 1891 34 3763 35 0315
35 2374 35 9453 36 1103 36 4018 36 9944 37 0989 37 2488

18. Ziehungstag 28. Februar 1928
An der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen
2 Gewinne zu 10000 M. 374363
2 Gewinne zu 5000 M. 192897
6 Gewinne zu 3000 M. 11598 212523 370300
24 Gewinne zu 2000 M. 36132 95043 115063 124946 158611 179085
199109 251344 271044 314767 336406 354773
22 Gewinne zu 1000 M. 119676 122613 148924 168537 173776
197305 213654 317871 337346 358427 363231
68 Gewinne zu 500 M. 31919 33268 34109 74240 82306 103414
120459 129478 144443 145902 148236 146580 170572
110048 115857 120459 129478 144443 145902 148236 146580 170572
174439 177676 177884 219314 220716 234688 251683 267821 267888
270276 289505 288041 288889 288893 292695 312545 328094 350222
367586
195 Gewinne zu 300 M. 1872 4282 5245 12813 14049 14092 17013
18967 19627 27104 32213 37477 42320 55528 56708 60023 69490
71 473 75572 78928 80471 92972 94897 95468 100141 100227 103090
105616 106193 106881 118094 119209 128092 128407 136031 138336
138812 140577 148347 148710 147291 154580 155158 158194 158900
159124 164053 183296 184305 195959 198832 200974 201154 202309
20 3981 20 8298 21 3338 21 9641 22 7434 23 5146 23 9316 23 9903 23 9042
24 0984 25 0154 25 3400 25 5312 26 3320 26 7265 26 9025 26 4742 26 5 05
26 5743 26 6704 26 6706 26 6896 26 9867 27 2684 28 0148 28 1573 28 3714
28 4397 31 2921 31 7940 32 2542 32 3397 32 4708 32 4883 33 3074 33 8340
34 1881 36 3697 36 6880 36 8281 36 8929 36 8422 37 1876 37 3401

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 50000 M.,
2 Gewinne zu je 5000 M., 2 Gewinne zu je 2000 M., 2 Ge-
winne zu je 1000 M., 2 Gewinne zu je 750 M., 8 Gewinne
zu je 500 M., 42 Gewinne zu je 100 M., 74 Gewinne zu je
50 M., 160 Gewinne zu je 20 M., 848 Gewinne zu je 10 M.,
682 Gewinne zu je 5 M., 1920 Gewinne zu je 2 M.,
4820 Gewinne zu je 1 M.

